



Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 3/2024

Sitzungen vom / Séance du 10.06.2024



VILLE DE
LUXEMBOURG
www.vdl.lu



multiplicity



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 10. Juni 2024

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

I.	Schulorganisation 2024/2025 – Diskussion	202
II.	Konventionen	216
III.	Kostenvoranschläge	219
IV.	Urbanismus	220
1)	Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans der Stadt Luxemburg – Teilbebauungsplan „Rue des Eglantiers“	220
2)	Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ (WH-02) in Weimershof	221
3)	Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Sauerwiss“ in Gasperich	221
4)	Anpassung des grafischen Teils des QE PAP [SPR-cl] an den grafischen Teil des PAG	221
5)	Neuordnung von Bauland	222

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In öffentlicher Sitzung

I. SCHULORGANISATION 2024/2025 – DISKUSSION

Rätin Colette MART (DP): Den Ausführungen von Schöffe Paul Galles zur Schulorganisation habe ich selbstverständlich mit sehr großen Emotionen zugehört. Ich bin nach wie vor mit ganzem Herzen bei der Schulpolitik, was ich auch in der Schulkommission feststellen konnte, wo die verschiedenen Schulentwicklungspläne (*Plan de développement de l'établissement scolaire*, PDS) vorgestellt wurden, Pläne, die uns einen Einblick in die Probleme vor Ort geben und in die zahlreichen Anstrengungen von Lehrern und Erziehern, um die sich stellenden Probleme anzugehen.

In meiner letzten Rede in meiner Funktion als Schulschöffin hatte ich erwähnt, dass ich während zwölf Jahren mit den Haien gestritten hatte. Heute habe ich den Eindruck, dass verschiedene ruhiger geworden sind. Die Debatten in der Schulkommission waren nicht mehr so stürmisch, wie sie verschiedentlich zu meiner Zeit als Schulschöffin waren.

Zuerst einige Bemerkungen zu den Ausführungen von Paul Galles. Ich begrüße einige neue Ideen und Ansätze, die zeigen, dass ein neuer Wind im Ressort positiv ist. Der Schöffe hat erwähnt, dass ein Forschungsprojekt bzw. eine Untersuchung über das Wohl des Kindes in die Wege geleitet werden soll, um herauszufinden, wo die Kinder Stressmomente haben, damit gezielt geholfen werden kann. Den Fokus auf die Gefühlswelt der Kinder zu legen, ist besonders in einem Moment wichtig, wo es alarmierende Zahlen in Bezug auf Kinderarmut gibt und der psychische Stress der Kinder und Familien immer größer wird. Viele Eltern sind aufgrund ihrer sozialen und finanziellen Probleme, einem Mangel an Unterstützung seitens ihrer Familie – wenn die Großeltern beispielsweise in einem anderen Land leben – überfordert. Glücklicherweise bietet die Stadt Luxemburg eine Reihe von Hilfestellungen an. Die Idee eines Forschungsprojektes hat meine volle Unterstützung.

Eine weitere Idee ist die Schaffung eines „coordinateur cours d'école“, eine Initiative, die sich tatsächlich aufdrängt, weil die Schulhöfe im Kompetenzbereich der „Direction de l'Architecte“ und des „Service Parcs“ liegen. Eine Art Projektmanager wäre tatsächlich eine große Hilfe, um große Projekte voranzutreiben.

Die Zeiten haben sich geändert: Kinder und Eltern wollen mitreden. Schulhöfe sind öffentliche Spielplätze und der Bau von neuen Schulgebäuden in den vergangenen zehn Jahren hat dazu geführt, dass es in verschiedenen Stadtteilen supermoderne Schulhöfe gibt, in anderen nicht. Hier müssen wir einen Ausgleich schaffen. Des Weiteren wird mehr Begrünung in den Schulhöfen gefordert. In diesem Zusammenhang will ich eine Lanze für den Schulhof Rue du Commerce brechen. Ich habe mich hier viel investiert, um letztendlich doch nicht voranzukommen. Mit der Perspektive eines neuen Schulgebäudes besteht nun das Risiko, dass nicht mehr in den alten Schulhof investiert wird. Im Interesse der Kinder der Schule „Gare“ braucht es jedoch dringend eine Aufwertung des Schulhofes, dies entsprechend der technisch machbaren Möglichkeiten, womit letztendlich auch eine Aufwertung der ganzen Umgebung einhergehen würde.

Die Schule Rue du Commerce hat mir immer sehr am Herzen gelegen, weshalb ich die Umgestaltungsarbeiten in der Rue de Strasbourg begrüße, werden sie diesem Teil des Viertels doch einen neuen Look verleihen, was auch den Familien, die hier wohnen, zugutekommen wird. Auch der Schulhof der Schule Rue Demy Schlechter muss renoviert werden.

Eine weitere gute Idee ist die Durchführung von Prognoseberechnungen im Zusammenhang mit dem Bedarf an Schulinfrastrukturen. Die neuen Möglichkeiten, welche Künstliche Intelligenz bietet, können da sicher helfen. Im Jahr 2016 wurden bereits Prognoseberechnungen durchgeführt und auch damals hat sich dies als sehr nützlich erwiesen. Verschiedene Entwicklungen wurden richtig prognostiziert, so beispielsweise, dass wir keine neue Schule in der Rue Verger bräuchten, da hier die Schülerzahlen zurückgehen würden.

Wir bewegen uns hier in Richtung Bedarfsrechnungen, ein Thema, das ich bereits vor einigen Jahren im Schöffenrat angesprochen hatte. In einer Stadt, die ständig wächst, müssen die Bedürfnisse systematisch errechnet werden. Ähnlich verhält es sich für die Sportinfrastrukturen, stellen wir doch im Bereich der Schwimmbäder fest, dass auch die Kinder, die Privatschulen besuchen, Bedarf zur Nutzung der Schwimmbäder anmelden. Hier stehen Entscheidungen dahingehend an, ob diese Kinder in unsere Infrastrukturplanungen einzurechnen sind oder ob wir anregen, dass die Privatschulen ihre eigenen Sportinfrastrukturen bauen bzw. sie eine Zusammenarbeit mit den Lyzeen suchen, die auf dem Stadtgebiet über eigene Schwimmbäder verfügen. Schwimmen lernen ist eine Frage von Leben und Tod. Schöffin Beissel und ich haben uns sehr in diesem Bereich engagiert.

Ich habe an den Debatten der Schulkommission teilgenommen und war sehr interessiert zu erfahren, wie sich verschiedene Dossiers, in die ich viel Arbeit investiert habe, entwickelt haben. Ich war sehr erfreut zu hören, dass sich die Situation in der Schule „Gare“ beruhigt hat. Es gibt wieder ein Schulkomitee und auch die Opposition der Eltern in der Schule Rue Michel Welter, die sich gegen eine Fusion mit der Schule Rue du Commerce gestellt haben, hat viel an Brisanz verloren. Die Klassen mit den kleineren Kindern wurden bereits zusammengelegt. Verschiedene Ängste und Vorurteile konnten demnach abgebaut werden und das partizipative Projekt einer neuen Schule im Stadtteil hat auch die Eltern wieder mehr zusammengerückt.

Dem Projekt „Baupiloten“ ist bereits das Projekt „Up Foundation“ vorausgegangen. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein Stadtteilprojekt, mit dem Ziel, alle Akteure stärker zusammenzuführen. Nach Jahren, in denen von Herrn Gregorius und mir viel Einsatz, viel Durchhaltevermögen, viel Geduld und große Dialogbereitschaft verlangt waren, trägt es nun seine Früchte. Wir haben immer wieder nach Kompromissen gesucht. Wir wollten die Leute nicht verärgern, wir wollten Verständnis zeigen für die Eltern, deren Kinder die Schule Rue Michel Welter besuchen. Es ist ruhiger geworden, was der Schule im Bahnhofsviertel zweifelsohne zugutekommt.

Ein anderes Dossier, das uns lange begleitet hat: die Schule in Dommeldingen. Viele Kinder, die in einem Foyer leben und aus einem schwierigeren Umfeld kommen, besuchen diese Schule. Ich war erfreut zu hören, dass die Regionaldirektion spezifische Unterstützungsprogramme für diese Schule erstellt wurden. Neue Schul- und Sportinfrastrukturen werden dort entstehen.

In der Schulkommission wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in Dommeldingen Schüler gibt, die keine Muttersprache sprechen und das Lehrpersonal Wege suchen muss, um sich mit ihnen zu verständigen. Dies geschieht dann beispielsweise mit Zeichen und Zeichnungen. Keine Muttersprache zu haben, kann eine Benachteiligung fürs Leben sein. Die vielen Anstrengungen, die vom Lehrpersonal unternommen werden, sind zu begrüßen.

Im Schulentwicklungsplan (PDS) der Schule Eich liegt ein Fokus auf dem Thema „Das Wohl der Kinder“. Es ist eine wichtige Basiserkenntnis, dass die Schulgemeinschaft dafür Sorge tragen muss, dass es den Kindern gut geht und jedes Kind sich seinen Fähigkeiten entsprechend entwickeln kann. In diesem PDS werden auch die Möglichkeiten der interkulturellen Kommunikation thematisiert.

Die Entwicklung der Möglichkeiten, welche die Informatik für die Schule bietet, die Kommunikation mit den Eltern, die Identität der Schule, die Möglichkeiten der Supervision werden verschiedentlich in den Schulentwicklungsplänen erwähnt. Ein Dauerbrenner bleibt die Zusammenarbeit von Schule und Schulfoyer.

Allgemein lässt sich bei den Schulentwicklungsplänen eine positive Entwicklung feststellen. Die Schulen haben sich große Mühe gegeben, um alle Anstrengungen, die im Interesse der Kinder unternommen werden, darzulegen.

Es hat mich gefreut zu hören, dass die Einweihung des *Makerspace* (Technolink) bevorsteht. Es handelt sich um ein innovatives Projekt. Die Stadt Luxemburg hat hier erneut eine Vorreiterrolle übernommen. Im *Makerspace* werden die Kinder an das Programmieren herangeführt und werden auf die Welt der neuen Medien vorbereitet. Der Schuldienst hat das Projekt *Makerspace* beim Städtenetz QuattroPole eingereicht, so dass das Angebot auch von Kindern aus unseren Nachbarstädten wahrgenommen werden kann, was denn auch die Sichtbarkeit der Stadt Luxemburg über die Grenzen hinaus fördert.

Im Folgenden will ich mit Ihnen einen Rückblick auf eine Reihe von innovativen Ansätzen in der Schulpolitik der Stadt Luxemburg teilen, Ansätze, die in den vergangenen 40 Jahren zustande gekommen sind.

In den 1980er Jahren hat die Stadt Luxemburg mit der Einrichtung von Kantinen in den Grundschulen begonnen, da man festgestellt hatte, dass Kinder in der Mittagsstunde nicht nachhause gingen, sie in der Schule blieben und keine Mahlzeit einnahmen. Lehrerinnen haben die Kinder in der Mittagsstunde betreut und ihnen Essen serviert. Die ersten Schulfoyers wurden erst Anfang der 90er Jahre eröffnet.

Die Stadt Luxemburg war die erste Gemeinde im Land, die vor 50 Jahren mit ihrer „Aktioun Bambësch“ Ferienaktivitäten für die Kinder im Wald organisiert hat, hatte man doch festgestellt, dass es Kinder gibt, die nicht verreisen und deren Eltern auch in den Ferien arbeiten.

Weitere innovative Ansätze waren die Schaffung der Dienststelle Technolink im Jahr 1999. Damit ging eine Sensibilität für die neuen Medien in der Schule einher. Die „Activités nature“, die „Bëschklassen“, die „Bëschspillschoul“, „d'Schoul dobaussen“, die Förderung von Musik im Centre Verdi, sind andere Initiativen der Stadt Luxemburg im Sinne einer kreativen Herangehensweise an das Lernen.

In den vergangenen Jahren sind innovative Projekte wie „Up Foundation“ und „Baupiloten“ (neues Schulgebäude für das Bahnhofsviertel) hinzugekommen.

Eine andere Einrichtung mit großem Mehrwert ist die schulmedizinische Dienststelle der Stadt Luxemburg. Sie leistet wichtige Arbeit im Gesundheitsbereich sowie auch im Bereich der Sozialarbeit. Alle neu ankommenden Kinder werden ärztlich untersucht. Es wurden Prozeduren eingerichtet, um Kinder, die misshandelt werden, zu melden, um diesen Kindern bestmöglich zu helfen. Auch in diesem Bereich hat die Stadt Luxemburg eine Vorreiterrolle übernommen.

Vor dem Hintergrund, dass das Gesundheitsministerium angekündigt hat, einen stärkeren Akzent auf die mentale Gesundheit zu legen, würde mich interessieren zu erfahren, ob unsere schulmedizinische Dienststelle auch in diesem Bereich neue Vorsätze und Projekte hat.

Es freut mich, dass wir die beiden Psychologen-Posten sichern konnten. Es war ein langer Kampf. Im Jahr 2018 sind die Posten in die Kompetenz des Ministeriums gewechselt. Die beiden Psychologinnen wollten jedoch weiterhin für die Stadt Luxemburg arbeiten. Die Sicherung von 2 Psychologen-Posten wird für die Allgemeinheit auf lange Sicht billiger werden.

Probleme, die wir jetzt in den Familien auffangen können, werden wir später als Gesellschaft nicht zu lösen brauchen (Schulabbrecher, junge Leute in Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum, usw.).

Ich möchte den Schöffenrat ermutigen, sich Gedanken zu machen, wie armen Kindern noch gezielter geholfen werden kann. Ich kann mich erinnern, dass in der Schule im Bahnhofsviertel Schuhe, warme Kleidung und Schulmaterial an arme Kinder verteilt wurden. Eine Stiftung hatte diese Hilfe finanziert.

Meine Intervention zur Schulorganisation möchte ich mit der Aussage eines Lehrers - einer Aussage meines Sohnes, die er in seinem ersten Probejahr an einer Grundschule der Stadt Luxemburg machte - schließen: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine andere Stadt gibt, wo den Schulen so viel geboten wird wie hier bei uns.“ Das Angebot in der Stadt Luxemburg ist groß und vielfältig, dies sowohl in Bezug auf das bereitgestellte Informatikmaterial als auch auf kulturelle Aktivitäten oder die zur Verfügung gestellten Mittel, um Schulkolonien und Schulausflüge zu organisieren.

Die Aufgabe von uns Politikern ist es, den Schulen bestmöglich entgegenzukommen, geht es doch um die Zukunft der Kinder und demnach auch um die Zukunft unserer Gesellschaft. Es geht darum, wie die kommenden Generationen miteinander umgehen, was sie lernen und beruflich erreichen können, wieviel Empathie sie für ihre eigenen Kinder aufbringen können, wie sie allgemein in der Gesellschaft zurechtkommen. Hier liegt eine große Verantwortung und wir alle sind gefordert.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Ausführungen von Frau Mart zeigen immer wieder ihre Empathie und ihre Kompetenzen für die Schule der Stadt Luxemburg und ihre Schüler.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Eingangs möchte ich Schöffe Paul Galles sehr herzlich für die vollständige und interessante Präsentation der Schulorganisation danken.

Meine erste Frage betrifft die Planung und das allgemeine Konzept zukünftiger Schulgebäude. Welche Schulen sollen wann in den kommenden Jahren gebaut werden, und wie sieht das Konzept aus? Es ist wichtig, so zu bauen, dass in der Zukunft genügend Raum für alle Kinder zur Verfügung steht und die Schulen gut im Stadtteil integriert sind. In diesem Zusammenhang würde es mich freuen, weitere Informationen zum Projekt der im Bahnhofsviertel geplanten Schule zu erhalten. Was ist das Besondere an diesem Projekt?

Mich würde auch interessieren zu erfahren, wie die schulmedizinische Dienststelle aufgestellt ist (Zahl der Krankenschwestern, Ärzte, die medizinische Untersuchungen in den Schulen durchführen: Wie oft werden diese Untersuchungen durchgeführt?). Es ist wichtig, dass die schulmedizinische Dienststelle gut aufgestellt bleibt. Ich bin nicht der Ansicht, dass wir die Dienststelle durch Hausärzte oder Kinderärzte ersetzen können. Vor dem Hintergrund, dass es immer noch Familien gibt, die nicht zum Arzt gehen, sind Früherkennung und Prävention wichtig. Es ist wichtig, dass Pathologien bei Kindern, wie z.B. Übergewicht, früh erkannt werden.

Als Mutter einer Tochter im fünften Schuljahr (Schulzyklus 4.1) kann ich nur sagen, dass ich mit unserem Schulsystem sehr zufrieden bin. Meine Tochter besucht die Schule Rue Aloyse Kayser: die Infrastrukturen sind hypermodern. Das Schulfoyer befindet sich in direkter Nähe zum Schulgebäude. Meine Tochter hat das Schwimmen im Sportunterricht erlernt, was ich sehr begrüße, da ich nicht immer die nötige Zeit hatte meine Tochter außerhalb der Schulstunden zum Schwimmunterricht zu begleiten. Die Nachbarschafts Atmosphäre in der Schule ist gut. Die Einrichtung des Pedibus ist dieser guten Atmosphäre ebenfalls zuträglich. Die Kinder gehen zu Fuß, sind in Bewegung und die Eltern gewinnen morgens etwas Zeit.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Die Schulorganisation für die Grundschulen der Stadt Luxemburg betrifft mehr als 5.500 Kinder – und ihre Eltern –, 584 brevetierte Lehrpersonen, 117 Lehrbeauftragte, 18 „éducatrices graduées“ und 45 diplomierte Erzieher, die alle einen großen Teil des Schulalltags in unseren 19 Schulen verbringen. Hinzukommen die Mitarbeiter der verschiedenen Dienststellen sowie etliche Personen aus der Regionaldirektion und anderen Dienststellen des Bildungsministeriums.

Bis Ende dieser Woche muss der Gemeinderat über eine provisorische Schulorganisation abstimmen. Zum einen geht es dabei um die Zuteilung des sogenannten Kontingentes, d.h. die Anzahl an Lehrstunden, die den Schulen der Stadt Luxemburg für das kommende Schuljahr vom Bildungsministerium zur Verfügung gestellt werden. Es gilt 12.774,50 Stunden und die damit verbundenen Posten so zu verteilen, dass ein qualitativ hochwertiges Schulwesen für jedes Kind gewährleistet ist. Zum anderen ist der Gemeinderat aufgerufen über die sogenannten Schulentwicklungspläne (PDS) und die „Plans d'encadrement périscolaire“ (PEP) abzustimmen.

Bezugnehmend auf die von Schulschöffe Galles angeführten Kinderrechte, möchte ich insbesondere das Recht auf Bildung hervorheben. In der Diskussion über die Schulorganisation sollten daher die Qualität des Schulwesens der Stadt Luxemburg und die Gleichheit aller Kinder sowie ihrer Familien im Vordergrund stehen.

Eine bessere Qualität muss gewährleisten, dass der Leistungsrückstand unserer Schulen – gemessen am Prozentsatz der Schüler, die in die klassischen Sekundarschulen orientiert werden – durch eine stärker bedürfnisorientierte Verteilung des Kontingentes aufgearbeitet wird. In diesem Sinne fordern wir den Zugang zu den Ergebnissen der „épreuves standardisées“, dies im Vorfeld der Arbeiten zur Aufstellung der nächsten Schulorganisation. Das Ziel, ein hohes Bildungsniveau zu erreichen, muss deutlicher in den Schulentwicklungsplänen (PDS) verankert werden. Es braucht angepasste Schulinfrastrukturen, Airtramps (zur Förderung der Inklusion), einen Aktionsplan für klimaangepasste und bewegungsfördernde Schulhöfe, usw. Was die Verkehrssituation im Umfeld der Schulen angeht, braucht es konsequent konkrete Maßnahmen, damit die Sicherheit der Kinder Priorität genießt und nicht der motorisierte Individualverkehr. Der Schuldienst sollte personell aufgestockt werden und die Einrichtung einer „Direction de l'Enfance“ sollte die Koordination zwischen den zahlreichen Dienststellen, die in den Bereichen Schulwesen, Betreuung und Infrastrukturen aktiv sind, verbessern.

Im Folgenden werde ich näher auf die genannten Punkte eingehen.

Der Schwerpunkt muss stärker auf das Ergebnis des Unterrichts gelegt werden: Welches Bildungsniveau haben die Kinder erreicht, wenn sie mit 12 Jahren die Grundschule der Stadt Luxemburg verlassen? Welches ist ihr Bildungsniveau bei einem internen Vergleich der Schulen der Stadt Luxemburg, aber auch im Vergleich mit den Schulen anderer Gemeinden? Der nationale Bildungsbericht aus dem Jahr 2021 zeigt eine Karte, aus der hervorgeht, dass der Prozentsatz der Kinder aus den Schulen der Stadt Luxemburg, die in den klassischen Sekundarunterricht orientiert werden, viel niedriger ausfällt als in unseren Nachbargemeinden und in den Gemeinden gelegen im Landeszentrum. Eine Aufschlüsselung nach Stadtteilen ist nicht zu finden, was jedoch nicht bedeutet, dass es diese Zahlen nicht gibt.

Ziel dieser Überlegung ist es nicht, einzelne Schulen zu stigmatisieren – dies wird schnell als Gegenargument angeführt. Vielmehr geht es darum, die Entscheidungen über die Zuteilung der leider begrenzten Ressource „Lehrstunden“ je Schule und Klassengrößen faktenbasierter vornehmen zu können, um gerechtere Bildungschancen zu gewährleisten. Niemand kann ernsthaft annehmen, dass Kinder, die im Bahnhofsviertel

zur Schule gehen, weniger intelligent bzw. Kinder, welche die Schule im Stadtteil Cents besuchen, intelligenter zur Welt kommen. Die Schule muss dazu beitragen, sozioökonomische Ungleichheiten auszugleichen. Wo es größere Bedürfnisse gibt, um Kinder zu fördern, müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist dies eine legitime Erwartung der Eltern und ein wichtiger Baustein, um einen sozialen, ökonomischen und kulturellen Rückstand zu verhindern.

Die Zuteilung des Lehrstundenkontingents muss folglich künftig stärker an einem Bildungsziel der einzelnen Schulen ausgerichtet werden. Dies bedingt, dass der Gemeinderat oder zumindest die Mitglieder der Schulkommission mehr Informationen über das Leistungsniveau unserer Schulen erhalten müssen. Diese Informationen müssen der Schulorganisation zugrunde gelegt werden.

In diesem Sinne möchte ich folgende Motion einreichen, in welcher der Schöffenrat aufgerufen wird, der Schulkommission im Vorfeld der Ausarbeitung der Schulorganisation 2025/2026 die nötigen Angaben zur Verfügung zu stellen.

Motion

« Motion pour obtenir les données concernant la performance de l'enseignement des écoles fondamentales de la Ville de Luxembourg »

Le Conseil communal,

- Considérant la compétence communale en matière d'organisation scolaire et d'attribution du contingent de leçons mis à disposition par le ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, défini dans la loi de 2009 ;
- Poursuivant l'objectif de l'égalité des chances dans le domaine de l'éducation ;

Visant l'amélioration de la qualité de l'enseignement et des résultats scolaires dans toutes les écoles publiques de la VDL ;

- Reconnaisant les efforts d'attribuer le contingent des heures de leçons de manière différenciée aux écoles des quartiers ;
- Soulignant que des analyses pertinentes et des données valides sur la performance de l'enseignement sont un élément important pour les décisions à prendre en matière d'organisation scolaire, notamment les résultats des épreuves standardisées passées en cycle 4.2 ;
- Se référant aux conclusions de l'étude "Orientations pour une réduction de l'impact des inégalités d'ordre sociale dans le système éducatif" de l'Observatoire national de la qualité scolaire ;
- Regrettant que ni la Commission scolaire, ni le Conseil communal ne disposent des données et analyses susmentionnées ;

invite le Collège échevinal à

- Intervenir auprès du MENJE pour obtenir les résultats des épreuves standardisées du cycle 4.2 permettant des comparaisons entre écoles de quartier de la VDL et en comparaison avec d'autres communes et la moyenne nationale ;
- Mettre à disposition de la Commission scolaire et du Conseil communal ses données avant les préparations, échanges et débats sur l'organisation scolaire 2025/25. »

Auch die Postenbesetzung ist Teil der Schulorganisation; sie erfolgt prioritär auf der Grundlage des Permutationsreglements.

In verschiedenen Schulen und verschiedenen Schulzyklen fehlt es weiterhin an Kontinuität in Bezug auf das Lehrpersonal, d.h. dass der Klassentitular innerhalb eines Schulzyklus wechselt, was insbesondere für die Kinder in den Schulzyklen 2 und 4 von Nachteil sein kann. Im Vergleich zum vorangehenden Schuljahr fällt auf, dass sämtlichen Klassen der Schulzyklen 2.2, 3.2 und 4.2 in Eich ein neuer Klassentitular vorstehen wird, obwohl innerhalb eines Zyklus kein Wechsel sein sollte. In 13 von insgesamt 33 Klassen aus dem Schulzyklus 4.2 gibt es einen Klassentitular-Wechsel. Die Verantwortlichen scheinen sich angesichts dieser für Schüler nachteiligen Situation keine Fragen zu stellen.

Die Kontinuität in der Arbeit – im Team, bei der Umsetzung der Schulentwicklungspläne, in der Zusammenarbeit mit dem Schulfoyer usw. – wird durch zu viel Personalwechsel gefährdet. Dieser zeigt sich auch an der Anzahl neuer Lehrpersonen und vakanter Posten. In der Schule Eich wird ungefähr ein Drittel der Posten neu besetzt. Die Zahl der vakanten Posten in der Schule „Gare“ ist erschreckend hoch: Bei einer Zahl von 23 Klassen bleiben aktuell 8,5 Klassentitularposten unbesetzt. Dazu zählen auch zwei der drei „classes mixtes“ in der Schule Rue Michel Welter, die viel Kompetenz von Lehrkräften erfordern. Ich kritisiere deshalb erneut die politische und klientelistische Entscheidung der Bürgermeisterin von vor drei Jahren, durch die die Schule Rue Michel Welter getrennt weitergeführt wurde, dies entgegen der begründeten Planung des Schulkomitees und der Empfehlung der Direktion. Entgegen dem, was versprochen wurde, findet die versprochene progressive Zusammenführung nicht statt. Ist es das, was der Schöffenrat unter Qualität im Schulwesen versteht? Es geht mir um die Kinder, die heute die Schule im Bahnhofsviertel besuchen, denn sie haben keinen Nutzen mehr davon, wenn es in fünf Jahren – hoffentlich – eine schöne neue Zentralschule geben wird.

Den Kindern, die heute die Schule im Bahnhofsviertel besuchen, nutzt es wenig, wenn es in fünf Jahren – hoffentlich – eine schöne neue Zentralschule geben wird.

Die Kontinuität in den Schulzyklen hat auch mit unserem Permutationsreglement zu tun. Das Dienstalter der Lehrpersonen stellt das vorrangige Kriterium dar. In einer diversen Schullandschaft wie die der Stadt Luxemburg, und mit Blick darauf, dass Kontinuität und Stabilität die Qualität des Schulwesens und damit auch den Bildungserfolg von Kindern positiv beeinflussen, sollten wir hingehen und das Permutationsreglement einer Überarbeitung unterziehen, dies im Dialog mit dem Lehrpersonal, und vorrangig im Interesse unserer Kinder. Wird der Schulschöffe hierfür den nötigen Mut aufbringen?

Auch seitens des Bildungsministeriums muss nachgebessert werden: Das Kontingent an Lehrstunden muss an die Schulbevölkerung und deren Bedürfnisse angepasst werden. Ziel muss es sein, dass nicht Nationalität, Wohnort, Einkommen der Eltern oder Muttersprache über den schulischen Erfolg oder Misserfolg entscheiden.

Als Gemeinde verfügt die Stadt Luxemburg noch über andere Stellschrauben, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Leider bleiben diese Stellschrauben ein Tabu. Ich denke hier an die Überarbeitung der Schulressorts sowie an eine Einschränkung des Schultourismus. Mit einer Aktivierung dieser Stellschrauben ließe sich die soziale Durchmischung an verschiedenen Schulen erhöhen, es könnte eine bessere Verteilung der Schülerzahlen erreicht und eine Rangfolge der Schulen verhindert werden. Außerdem benötigen wir dringend aktuelle und zuverlässige Daten und Angaben.

Im Folgenden werde ich auf die vier vom Schulschöffen angeführten Prioritäten eingehen.

Zur Partizipation der Kinder: Diese Priorität kann ich voll und ganz unterstützen, ist sie doch eine langjährige Forderung

unserer Fraktion. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Projekt des Kinderstadtplans, der nun schon seit mehr als drei Jahren in der Planung ist und bei dessen Ausarbeitung auch die Mitarbeit der Kinder ausdrücklich gefordert wurde. Wie weit ist dieses Projekt fortgeschritten? Wann sollen die Arbeiten abgeschlossen sein? Es sei zudem an die Idee zur Einrichtung eines Kindergemeinderates erinnert.

Die Partizipation der Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Kinderkomitees ist zu begrüßen und auch die Partizipation der Kinder im non-formalen Bereich (Schulfoyers) gibt es bereits. Auf diesen Erfahrungen sollte man aufbauen. Wir sprechen uns für eine Zusammenarbeit mit dem « Zentrum für politisch Bildung » aus, das in diesem Bereich über die nötige Expertise verfügt. Mich würde also interessieren zu erfahren, was, wie und wo getan und erreicht werden soll.

Parallel dazu braucht es eine Verbesserung der Partizipation des Lehrpersonals und der Eltern, insbesondere im Zusammenhang mit der Planung neuer Schulgebäude. Warum verfügen die Lehrer und Lehrerinnen der Schule in Gasperich kaum über Informationen betreffend den geplanten Neubau? Wann werden sie in die Planung eingebunden? Ich hoffe sehr, dass sich der neue Schulschöffe eine fundierte Definition dessen gibt, was unter Partizipation zu verstehen ist.

Lust auf Schule machen, die Lust am Lernen stärken: Auch dieses Ziel unterstützen wir zu 100 Prozent und ich begrüße, dass die Stadt Luxemburg viel investiert, um Projekte zu unterstützen, kulturelle Aktivitäten, Musik, Sport, Geschichte, Natur usw. für die Schulkinder anzubieten. Diese Aktivitäten sollen dazu beitragen, dass Kinder, die außerhalb der Schule nicht so viele Möglichkeiten haben, Kultur und Natur kennenzulernen, über die Schule daran herangeführt werden.

Im Bericht zu den „activités culturelles“ ist zu lesen, dass im vergangenen Schuljahr 93% aller Schulklassen mit den von der Dienststelle organisierten Aktivitäten erreicht wurden. Wie lässt sich erklären, dass die restlichen 7 Prozent nicht erreicht wurden? Um welche Klassen/Schulen handelt es sich dabei?

Dem Team der „activités nature“ sei ebenfalls für die beeindruckende Bilanz gedankt. Fast die Hälfte der Schulklassen der Schulzyklen 2 - 4 hat an den angebotenen Aktivitäten auf Kockelscheuer teilgenommen. Im Schulzyklus 1 waren es fast 80 Prozent der Klassen. Die Nachfrage ist aber größer als das Angebot. Es wäre interessant zu erfahren, wer über das Angebot erreicht wird und wer nicht. Es sollte zudem dafür Sorge getragen werden, dass das Angebot erweitert wird, geht es doch darum, die Kinder an die Natur heranzuführen.

In Bezug auf einen Ausbau der „Bëschklassen“ würde mich interessieren zu erfahren, in welchen Schulen/Stadtteilen es hierfür eine Nachfrage gibt. Kann man der Nachfrage überall gerecht werden? Sollte dies nicht der Fall sein, welche Alternativen werden vorgeschlagen?

Es ist hinlänglich bekannt, dass der Raum einen großen Einfluss auf das Lernen hat. Es ist demnach interessant, dass die Kompetenz für die Infrastrukturen nach wie vor in Gemeindehand liegt, was es uns erlaubt, Innovation, Bedürfnisorientierung und Nachhaltigkeit als Kriterien ins Spiel zu bringen.

Die Infrastrukturen bleiben ein Diskussionspunkt. Im Bereich Infrastrukturen sind kleine Fortschritte zu verzeichnen, hohe Kostenvoranschläge wurden gutgeheißen: Umbau der Schule Rue Henri VII (geplante Fertigstellung Dezember 2026), Neu- und Umbau der Schule in Dommeldingen (geplante Fertigstellung Juli 2028), neue „Bëschspillschoul“ (geplante Fertigstellung Januar 2028). Dabei ist anzumerken, dass wir noch keine Pläne für dieses letztgenannte Projekt gesehen haben. Der Bau einer Art Zentralschule im Bahnhofsviertel wurde für 2029 in Aussicht gestellt. Was den Stadtteil Gasperich angeht, schauen wir nach wie vor in eine Kristallkugel.

Vergangenes Jahr wurde uns der Mehrjahresplan der Schulinfrastrukturen zugestellt. Die von mir soeben angeführten Fertigstellungsdaten habe ich diesem entnommen. Ich bitte den Schöfferrat, dem Gemeinderat den aktualisierten Mehrjahresplan der Schulinfrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Bei der Gestaltung von Lernräumen müssen neue Erkenntnisse berücksichtigt werden: weg von Schuhkisten-Bauten (lange Gänge, an denen standardisierte Klassenzimmer liegen), hin zu modular gestalteten Lernlandschaften, wo Autonomie, Zusammenarbeit und andere Softskills entwickelt werden können. Wir begrüßen, dass beim geplanten Neubau im Bahnhofsviertel neue Wege eingeschlagen werden, dies in Zusammenarbeit mit dem Berliner Projekt „Baupiloten“. Diese positive Entwicklung muss ihren Niederschlag künftig auch in anderen Projekten - z.B. in Hamm und Gasperich - finden, um einen vergleichbaren Qualitätsstandard bei Schulgebäuden zu erreichen. Auch das ist Bildungsgerechtigkeit.

Bei immer mehr Kindern machen sich Verhaltensauffälligkeiten bemerkbar, immer mehr Kinder sind hyperaktiv. Diese Kinder würden von Airtramps profitieren, doch steht davon nur ein einziges in der Stadt zur Verfügung. Und wie mir zugetragen wurde, ist es im Rahmen der geplanten Umbauarbeiten in Dommeldingen noch nicht gewusst, ob und wo der einzige Airtramp der ganzen Stadt während der Bauzeit genutzt werden kann. Es ist von Inklusion die Rede, die in allen Schulen gelebt werden soll, doch bedauerlicherweise werden dem Lehr- und Erziehungspersonal nicht die notwendigen Mittel, die „state of the art“ sind, zur Verfügung gestellt. Ein Airtramp muss es nicht in allen Schulen geben, doch wäre es ein guter Anfang, wenn in jeder Himmelsrichtung jeweils ein Airtramp zur Verfügung stünde. Das Airtramp kann auch von Kinderkrippen und Schulfoyers genutzt werden. Es sollten demnach auch hier Anstrengungen unternommen werden, damit zumindest in neuen Infrastrukturen und im Rahmen von größeren Umbauarbeiten Raum zur Installation eines Airtramps zur Verfügung steht.

Auch Schulhöfe zählen zu den wichtigen Infrastrukturen. Hier bleibt noch sehr viel zu tun. Es gelingt uns, wunderschöne Spielplätze im „Bambesch“ und im Stadtpark zu schaffen. Da muss es doch auch möglich sein, anständige Schulhöfe zu schaffen. Es ist nicht vertretbar, dass Kinder ihre Pausen oder ihre Mittagspause auf zubetonierten, lieblos ausgestatteten, sterilen Flächen, häufig ohne schattenspendende Plätze, verbringen müssen.

Eine Demineralisierung verschiedener Schulhöfe wurde angekündigt, d.h. dass die Betonflächen reduziert oder wasserdurchlässiger gestaltet werden sollen, Maßnahmen, die sich aus Klimagründen dringend aufdrängen. Doch dies allein reicht nicht. Wir fordern einen Aktionsplan „Kanner- a klimafreundlech Schoulhaff“ sowie eine konsequente und zeitnahe Umsetzung dieses Planes, an dessen Ausarbeitung Kinder, Lehrpersonal, Eltern und Schulfoyers beteiligt werden sollen. Die beim Projekt „klimafreundleche Schoulhaff“ in der Schule Rue Henri VII gesammelten Erfahrungen müssen weiterentwickelt werden. Es wäre sinnvoll, auch die Schulpförtner und die Dienststelle „Architecte-Maintenance“ einzubinden, um konstruktive Vorschläge einzubringen.

Schulhöfe brauchen schattige Plätze, Grünflächen, Spielgeräte, welche die Bewegung stimulieren. Warum nicht eine Kletterwand mit einem Fallschutz aus Mulch, einen kleinen Boulder-Parcours, Tischtennistische, Sitzgelegenheiten, Baumstämme zum Balancieren, usw. vorsehen? Warum nicht in jeder Schule eine Spielkiste mit Springseilen, Softbällen usw. für Pausenspiele anbieten?

Mit Bestürzung mussten wir im Bericht der schulmedizinischen Dienststelle lesen, dass Kinder sich immer weniger bewegen. Wir müssen ihnen Lust auf Bewegung machen. Vor Kurzem hatte ich die Gelegenheit, zwei Schulhöfe in Freiburg (D) zu besichtigen, die diese Bedürfnisse berücksichtigen.

Auch in Luxemburg finden sich Schulhöfe, die für die Stadt Vorbildcharakter haben, z.B. in Roodt/Syr.

Manche Eltern haben mir ihr Unverständnis darüber mitgeteilt, dass die Kinder mit einem großen Bus von der Schule zum Schulfoyer gefahren werden, wobei der Bus länger unterwegs ist als wenn die Kinder zu Fuß gehen würden. Dies ist der Fall im Stadtteil Limpertsberg.

In der Arbeitsgruppe „Schoulhaff“ wurde über die Zusammenarbeit der acht Dienststellen diskutiert, die in die Planung der Schulhöfe, deren Unterhalt oder deren Verwaltung impliziert sind. Im Rahmen dieser Diskussion wurde die Schaffung eines Koordinator-Postens vorgeschlagen. Ich kann nur begrüßen, dass der zuständige Schöffe die Schaffung eines solchen Postens in Erwägung zieht.

In verschiedenen Schulentwicklungsplänen (PDS) und PEPs werden die Schulgärten angesprochen. Schulgärten und schöne Schulhöfe sind ein wichtiger Grundstein für das Konzept „Léieren dobaussen“, das von Schöffe Galles hervorgehoben wurde. In der Schule in Hamm, in den Schulen Gaston Diderich, Nic. Martha und Demy Schlechter finden sich bereits interessante Initiativen des Lehrpersonals, die unbedingt weitergeführt werden müssen, und die auch die Unterstützung unserer Dienststellen brauchen. Diese Unterstützung sollte ihnen zugesichert werden. Diese Initiativen können für andere Schulen Vorbildcharakter haben. Schulgärten können auch für die PEPs ein interessantes Element darstellen, da sie komplementär von Schule und Schulfoyer genutzt und gestaltet werden können.

Ich möchte zu den Schulentwicklungsplänen und PEPs kommen, die zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Betreuungstruktur beitragen sollen und wichtige Instrumente für die Schulqualität sein können.

Im Rahmen der vorliegenden Schulorganisation muss der Gemeinderat ebenfalls über die neuen Schulentwicklungspläne (PDS) für die Jahre 2024 bis 2027 abstimmen. Diese Pläne wurden von den Elternvertretungen begutachtet. Ihre Ausarbeitung bedeutet viel Arbeit und im Allgemeinen wurde seriöse Arbeit geleistet. Verschiedene PDS beinhalten relevante Analysen und Bewertungen über Stärken und Schwächen und spiegeln so eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Schulgemeinschaft wider.

In den Schulentwicklungsplänen finden sich viele gute Ideen, insbesondere mit Blick auf ein gutes Schulklima, wo Respekt, Verständnis und Toleranz im Mittelpunkt stehen, aber auch Anliegen im Zusammenhang mit der Verkehrssituation im Umfeld der Schule. Rat François Benoy wird für *déi gréng* auf diese Problematik eingehen.

Einzelne Schulen haben sich mit zukunftsweisenden Zielsetzungen hervorgetan. So wird z.B. die für 2026 anstehende Alphabetisierung auf Französisch angesprochen oder das Thema Inklusion.

In den Schulentwicklungsplänen vermisste ich allerdings, wie bereits angedeutet, dass sich stärker mit den Bildungszielen und dem Erreichen eines möglichst hohen Bildungsniveaus für alle Kinder beschäftigt wird. Auch wenn sich jede Schule ein individuelles Profil mit spezifischen Aktivitäten und Aktionen geben kann, so muss es doch eigentliches Ziel des Schulentwicklungsplans sein, dazu beizutragen, dass jedes Kind ein möglichst hohes Leistungs- bzw. Bildungsniveau erreicht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Rätin Brömmel, es wäre zu begrüßen, wenn Sie zu einer Schlussfolgerung kommen könnten. Sie haben bereits länger geredet als Schöffe Galles bei der Vorstellung der Schulorganisation. Bisher konnten wir auf eine Begrenzung der Redezeit verzichten, weil jeder sich instinktiv auf eine vertretbare Redezeit beschränkt hat.

Rätin Christa Brömmel (déi gréng): Ich bin fast am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich bin der Ansicht, dass ich eine Reihe von relevanten Punkten anspreche, die alle die Schulorganisation betreffen.

In den Schulentwicklungsplänen kommt der Punkt des gesteckten Leistungsziels nicht genügend zum Ausdruck. Dabei braucht es mehr Unterstützung seitens der Politik, und um dies erreichen zu können, braucht es eine faktenbasierte Ausgangssituation, die den Weg hin zum Ziel aufzeigt und hilft, das Ziel zu erreichen. Es braucht auch jährliche Zwischenbilanzen, die aufzeigen, inwiefern und in welchem Maße die Schulentwicklungspläne sich ihren Zielen annähern. Gegebenenfalls müssen Anpassungen vorgenommen werden.

Bei der Zusammenarbeit von Schule und Schulfoyer gibt es offensichtlich noch viel Luft nach oben. Die PEPs sind in meinen Augen ziemlich minimalistisch gestaltet. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass bei beiden Berufsgruppen das nötige Vertrauen in den anderen Partner fehlt und auch die Kommunikation zwischen ihnen Mängel aufweist. Diese Feststellung ist bedauerlich, denn beide Berufsgruppen arbeiten im Interesse derselben Kinder. Bei Problemen, wie beispielsweise, wenn genutzte Software nicht kompatibel ist, kann die Gemeinde sehr wohl nachsteuern.

Aus meiner Sicht wäre es begrüßenswert, wenn Schule und Schulfoyer einmal im Jahr zusammen einen Tag der offenen Tür für Eltern organisieren würden. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren zu erfahren, wie weit das Projekt eines „guichet unique“ gediehen ist, welches den Eltern die Einschreibung ihrer Kinder in Schule und Schulfoyer vereinfachen würde.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir hatten bisher einen Konsens darüber, dass die Redezeit maximal 20 Minuten pro Redner betragen soll. Wir sind damit stets gut zurechtgekommen. Diese 20 Minuten sind längst überschritten.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Aus meiner Sicht wäre es ebenfalls wichtig, den Schuldienst personell aufzustoßen, um die nötigen Analysen durchführen zu können, damit wir faktenbasiert diskutieren und die richtigen Entscheidungen treffen können. Der Schulschöffe hat unterstrichen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter steigt. Es fehlen uns jedoch Angaben darüber, wie viele Kinder im jeweiligen Stadtteil bzw. im Schulsektor leben, und wie viele davon eine internationale Schule (öffentliche oder private) besuchen. Solche Analysen sollten zusammen mit der Regionaldirektion durchgeführt werden.

Meiner Ansicht nach haben wir es auch mit einem Problem bezüglich der Koordination bzw. der Hierarchie zu tun. Weil viele Dienststellen mitreden, dauert es lange, bis Missstände behoben werden. Wie sieht derzeit die Personalbesetzung des Schuldienstes aus? Reichen die Ressourcen, um die Kinder, Lehr- und Erziehungspersonen, Eltern und Projektpartner „zu bewältigen“? Ist eine Analyse des Organigramms vorgesehen, mit der Option, eine „Direction de l'Enfance“ zu schaffen?

Die Energie des neuen Schulschöffen ist zu begrüßen. Mit großer Spannung erwarte ich seine Antworten. Als *déi gréng* können wir uns vorstellen, Schöffe Galles unser Vertrauen für diese Schulorganisation auszusprechen. Wir werden aber aufmerksam verfolgen, wie und ob die Ziele, die der Schöffenrat in Bezug auf die Schule formuliert hat, auch umgesetzt werden. Wir werden uns weiterhin kritisch-konstruktiv einbringen.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angekommen. Die Schulorganisation ist ein wichtiges, umfangreiches und komplexes Dossier, weshalb ich es für wichtig erachte, dass wir uns die nötige Zeit nehmen, um Ideen und Überlegungen in Ruhe formulieren zu können und den verschiedenen Rednern und Rednerinnen respektvoll zuzuhören.

Abschließend möchte ich mich bei allen Dienststellen, die im Interesse der Kinder arbeiten, für ihren Einsatz sehr herzlich bedanken.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Den von meinen Vorrednern bereits ausgesprochenen Worten des Dankes im Zusammenhang mit der Erstellung der verschiedenen Dokumente zur Schulorganisation kann ich mich nur anschließen. Herrn Galles möchte ich für seine Präsentation der Schulorganisation und auch für sein Zitat von C.S. Lewis danken. Das Zitat hat mich inspiriert. Ich stehe immer auf der Seite der Kinder und ich meine sagen zu können, dass wir alle hier im Gemeinderat an der Seite der Schule und der Kinder stehen.

Die Stadt Luxemburg wächst immer schneller. Im Wahlprogramm der Majoritätsparteien stand, dass wir mehr junge Familien anziehen wollen. In den kommenden Jahren sollen zusätzliche Wohnungen auf dem Gebiet der Hauptstadt entstehen. Trägt der Mehrjahresplan betr. die Schulinfrastrukturen dieser Entwicklung Rechnung? Die Ambition, in den kommenden Jahren zusätzliche Wohnungen zu schaffen sollte Priorität genießen, und es wäre traurig, wenn wir in einer nahen Zukunft oder mittelfristig wegen mangelnder Planung der Schulinfrastrukturen in einer Sackgasse landen würden.

Die Aussage von Herrn Gregorius im Zusammenhang mit der anzustrebenden Qualität des Pedibus kann ich nur teilen. Doch wenn die Umsetzung eines Projektes sich komplizierter als erwartet anlässt oder mehr Zeit als erwartet in Anspruch nimmt, stellt sich häufig die Frage nach den Mitteln. Welche Mittel werden benötigt, um den Pedibus so schnell wie möglich und in der gleichen Qualität in allen acht zurückbehaltenen Vierteln umzusetzen, damit alle Familien mit Kindern von dieser Dienstleistung profitieren können? Was hindert uns daran, den Pedibus auf weitere Stadtteile auszuweiten?

Die Sicherheit auf dem Schulweg muss absolute Priorität genießen und es gilt sich darüber einig zu werden, was man unter einem Schulweg zu verstehen hat. Der Schulweg beginnt vor der Haustür und endet im Klassenraum. Immer mehr Kinder gehen zu Fuß zur Schule, kommen mit dem Rad, allein oder begleitet von ihren Eltern. Dies ist allgemein zu begrüßen und ich hoffe, dass wir uns einig sind, dass es Mittel braucht, um den Schulweg sicher zu gestalten. Es ist wichtig, dass wir im Rahmen unserer Projekte auch die Gestaltung des urbanen Raumes vor der Schule so mitplanen, dass die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg gewährleistet ist. Es kann nicht sein, dass die Kinder die Fahrbahn jeden Morgen zwischen parkenden Autos überqueren müssen bzw. sie sich einen sicheren Weg suchen müssen, um in den Schulhof zu gelangen. Die Maßnahmen, die im Bereich der Schule Rue Aloyse Kayser getroffen wurden, sind sicherlich zu begrüßen, die Situation in Bezug auf die Sicherheit ist jedoch nach wie vor nicht ideal. Wir sollten versuchen, weitere Verbesserungen zu erreichen. Die Gestaltungsmaßnahmen sollten innovativ sein, mit dem Ziel, eine Verkehrsberuhigung vor den Schulen zu erreichen. Im Rahmen des Mobilitätskonzepts sollte dem sanften Verkehr (Fahrrad, Skateboard, Tretroller, usw.) mehr Raum im Umfeld der Schulen, in den Schulhöfen gegeben werden, eine Forderung, die auch vom „Comité de cogestion du personnel des écoles“ vorgebracht wurde. Anliegen müssen gehört und als Priorität gesehen werden.

Es ist zu begrüßen, dass die Zahl der ärztlichen Untersuchungen im Rahmen der Arbeit der schulmedizinischen Dienststelle gestiegen ist. Die Dienststelle leistet eine gute Arbeit. Information, Sensibilisierung, Prävention spielt in der öffentlichen Gesundheitspolitik eine wichtige Rolle. Welche Maßnahmen sind vorgesehen? Wie kann gewährleistet werden, dass alle Schüler nach dem Essen die Zähne gut putzen (in der Schule und im Schulfoyer)? In diesem Zusammenhang wäre es interessant, eine Studie durchzuführen, um zu erfahren, wie es um die Zahngesundheit der Kinder steht, und ob

sich Verbesserungen einstellen. Vielleicht sollte man Ziele vorgeben, um die bestmögliche Zahngesundheit der Kinder zu erreichen. „Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper.“

Sport und Schule liegen mir sehr am Herzen. Sämtliche Studien zeigen, dass der Zugang zum Sport ein wichtiger Faktor ist, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Bewegungsarmut stellt ein gesundheitliches, physisches und psychisches Risiko dar. Die Initiative „Moving kids“ ist zu begrüßen. Im Bericht lesen wir, dass 20 Kinder an dieser Aktion teilnehmen. Erklärt sich die Teilnehmerzahl durch die zur Verfügung stehenden Mittel? Bei Kindern und Jugendlichen durchgeführte Studien über den BMI (Body Mass Index) sowie Studien über Essstörungen zeigen steigende Zahlen. Die Teilnehmerzahl an der Initiative „Moving kids“ steht nicht im Verhältnis zu dieser Entwicklung. Werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt? Müssten der Initiative nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden? In einem Olympia-Jahr ließe sich Pierre de Coubertin zitieren: „Le sport va chercher la peur pour la dominer, la fatigue pour en triompher et la difficulté pour la vaincre“. In der Entwicklung der Kinder kommt dem Sport eine wichtige Bedeutung zu. Sport ist auch ein wichtiger Sozialisationsfaktor. Die Zusammenarbeit mit der LASEP ist ausdrücklich zu begrüßen. Welche Projekte gibt es, um andere Sportarten zu fördern, welche Mittel wollen wir hierfür zur Verfügung stellen? Ich denke hier z.B. an den Klettersport (indoor und outdoor), der sich positiv auf die Entwicklung der motorischen Fähigkeiten auswirkt.

Der Bericht von Herrn Gregorius geht auch auf Kinder mit Hochbegabung ein. Hier drängt sich mir die Frage auf, wieso nicht auch darauf eingegangen wird, welche Maßnahmen die Stadt trifft, um Kindern zu helfen, die Schwierigkeiten in der Schule haben, die in der Schule gescheitert oder bereits marginalisiert sind. Was wird im Sinne einer Früherkennung unternommen, welches sind die Angebote, die wir haben, um betroffenen Kindern und ihren Familien zu helfen? Der Bericht sollte auch darauf eingehen.

Den Bericht der Technolink-Dienststelle habe ich mit großem Interesse gelesen. Die neuen Technologien sollen eine wichtige Rolle in den Schulen, aber auch in der Kommunikation zwischen dem Lehrpersonal und in der Kommunikation mit den Eltern spielen. Werden entsprechende Kommunikationsplattformen entwickelt? Aus meiner Sicht würde es Sinn machen, sich im Ausland über die Nutzung von Bildschirmen in pädagogischen Programmen im schulischen Alltag zu informieren. Im Bericht der Elternschule wird diese Thematik aufgegriffen. In den nordischen Ländern lässt sich ein substantielles Zurückrudern in Bezug auf die Bildschirmnutzung in pädagogischen Programmen feststellen, weshalb auch wir eine kritische Beobachtung bei der Nutzung von modernen Technologien in unseren Schulen empfehlen würden, dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kleinkinder bereits Zugang zu Bildschirmen haben und der Zugang zu Bildschirmen auch in der Schule gefördert wird. Laut einer französischen Studie sollten Kinder vor dem Alter von 13 Jahren kein Smartphone nutzen.

Rätin Mart hat die problematische Situation im Bahnhofsviertel angesprochen und auch in der Schule in Gasperich stellen sich Probleme. Was unternimmt die Stadt Luxemburg, um Probleme so früh wie möglich zu erkennen? Es wäre wichtig, frühestmöglich und prioritär genügend Mittel einzusetzen, um solchen Krisensituationen so schnell wie möglich vorzubeugen und die Vereinheitlichung der Behandlung im Sinne eines guten Funktionierens der Schule zu erreichen. Kleinere Menschen benötigen einen höheren Stuhl, um über die Mauer schauen zu können. So gibt es auch Schulen, die mehr Aufmerksamkeit brauchen. In der Schöfferratserklärung wurde 2024 als das Jahr der Stadtteile hervorgehoben. Die Schule liegt im Herzen eines Stadtteils. Schule ist die Tür zur Sozialisierung unserer Kinder, sie ist der Kern zur Sozialisierung von Familien, die neu in unsere Stadtteile ziehen. Die Schulen

tragen dazu bei, dass Leben und Kohäsion in den Stadtteilen gefördert werden.

Ich möchte mit einem Zitat von Nelson Mandela schließen: „Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern.“ Mit dem rechtspopulistischen Trend, den die EU-Wahlen in verschiedenen Ländern offenbart haben, erhalten diese Worte noch eine andere Dimension. Soziale Kohäsion muss bereits in unseren Schulen gefördert werden. Bereits in der Schule müssen die Kinder ein Zusammenleben im Respekt lernen, müssen ihren Mitschülern gegenüber tolerant sein, müssen offen und neugierig sein, müssen auf die Welt, in der wir leben, vorbereitet werden. Dieses Lernen macht eine Gesellschaft, macht unsere Stadt, macht Europa stark. Dafür werden wir kämpfen. Wir freuen uns auf die Antworten des Schöfferrates.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Unsere Fraktion ist nicht in der Schulkommission vertreten. Für uns ist es demnach schwieriger, an Informationen ranzukommen und zu wissen, welche Themen aktuell im Vordergrund stehen. Aus unserer Sicht ist es nicht fair, dass die Fraktion *déi Léink* in der Schulkommission vertreten ist und wir nicht. Ich hoffe, dass sich eine fairere Situation erreichen lässt.

Ganz allgemein begrüßen wir die professionelle und gute Organisation des Schulwesens in der Stadt Luxemburg. Verbesserungen können immer angestrebt werden, so wie beispielsweise die Schaffung eines Koordinator-Postens zur Gestaltung der Schulhöfe.

In unserem Schulsystem belegten bisher alle Kinder die gleichen Kurse. Die Schule war politisch neutral. Es gab die Wahl zwischen Religions- und Laienmoralunterricht. Es gab soziale Mobilität und Chancengleichheit. Leider schlägt der Schöfferrat langsam aber sicher den falschen Weg ein und begeht zwei große Fehler, zum einen mit der Alphabetisierung auf Französisch und zum anderen mit einem Bruch der Neutralität durch eine einseitige Indoktrinierung unserer Kinder und unserer Gesellschaft durch linke Lobbyorganisationen.

Unsere Fraktion trägt das Projekt einer Alphabetisierung in französischer Sprache nicht mit - und sogar Mitglieder der LSAP-Fraktion unterstützen das Projekt nicht. Das frühere Gemeinderatsmitglied Tom Krieps hat auf Facebook geschrieben, dass er sich unserer Fraktion in diesem Punkt ausnahmsweise anschließen könne. Eine Alphabetisierung auf Französisch wird zu einer Trennung der Schüler nach Sprachen führen. Bisher war es ein Miteinander in der Grundschulklasse, was besonders wichtig ist in einem Land, in dem rund die Hälfte der Einwohner Ausländer sind und von den luxemburgischen Einwohnern rund 18 Prozent eine doppelte Nationalität haben. Im Hinblick auf das soziale Zusammenleben und die Integration ist es der falsche Weg, wenn Kinder von klein auf nach Sprachen und damit im Regelfall auch nach ihren Wurzeln bzw. nach Nationalitäten getrennt werden, sie nicht miteinander, sondern nebeneinander groß werden, was zu Parallelgesellschaften führen wird. Die ADR ist gegen eine Segregation der Kinder und gegen eine Spaltung unserer Gesellschaft. Das Bildungsministerium und auch der neue Schöfferrat verfolgen zusammen mit der CSV das Projekt, diese Trennung in allen Grundschulen einzuführen. Wir bestehen weiterhin auf eine Stärkung der öffentlichen Schule, in der Kinder aller Nationalitäten zusammen lernen. Auch wenn die Eltern im Rahmen dieser angestrebten Trennung noch frei sein werden, sich für eine deutsche oder eine französische Alphabetisierung zu entscheiden, wird die logische Folge sein, dass die Mehrheit jener Familien, die zuhause kein Luxemburgisch reden, ihre Kinder in eine französischsprachige Klasse einschreiben werden, dies obwohl die meisten von ihnen nicht frankophon sind und eine andere Muttersprache haben und obwohl eine deutsche Alphabetisierung wissenschaftlich gesehen für die Kinder eine bessere Vorbereitung zum Erlernen anderer Sprachen ist. Die Politik von Minister Meisch und die Politik des Schöfferrates ist eine Politik der Trennung. In Bezug auf die luxemburgische Sprache hat sich Minister

Meisch im Jahr 2014 in einem Interview wie folgt geäußert: „Eine reine Alphabetisierung auf Französisch ist nicht die ideale Lösung, da sie das Kind von der luxemburgischen Sprache entfernt.“ Die getrennte Alphabetisierung wird demnach auch Auswirkungen auf den Stellenwert unserer Sprache haben. Damit wird eine Frankophonisierung, ein Monolinguisimus der Gesellschaft gefördert. Das Projekt der DP und nunmehr auch der CSV schadet sowohl unserer Gesellschaft als auch der luxemburgischen Sprache. Unsere Partei wird sich vehement für ein Zusammenleben, für die Integration in unserer öffentlichen Schule einsetzen.

Schule soll neutral sein und eine Diversität von Sichtweisen aufzeigen. Leider müssen wir feststellen, dass das Gegenteil mehr und mehr Überhand gewinnt und eine ideologische Indoktrinierung durch externe Lobbyorganisationen - z.B. durch die Vereinigung „CID-Femmes“ - erfolgt. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass das Projekt mit der Vereinigung „CID-Femmes“ ein klarer Verstoß gegen das Neutralitätsgebot der Schule darstellt. Sämtliche Kurse sollten von unserem qualifizierten Lehrpersonal gehalten werden, kennen sie die Kinder in ihrer Klasse doch am besten und wissen, was passt und was nicht passt. Die Sensibilisierungsateliers der Vereinigung „CID Femmes“ sind ein trojanisches Pferd, um die Kinder auf eine Sichtweise festzulegen und in eine Richtung zu lenken. Dies erfolgt unter der pseudo-wissenschaftlichen Bezeichnung „pédagogie du genre“. In unseren Augen handelt es sich bei der Vereinigung „CID Femmes“ um eine radikal feministische Organisation, die weit über einen „First-Wave-“ und „Second-Wave“-Feminismus hinausgeht. Sie will die Gendersprache einführen und z.B. neben „er“ und „sie“ weitere Pronomen verwenden. Sie gibt vor, dass Kinder jedes Geschlecht sein können. Indirekt hat die Politik des Schöffenrates einen Impakt auf unsere Schulen und die Kinder, die sie besuchen. In diesem Zusammenhang sei an den Vorschlag der Gleichstellungskommission erinnert, der Vereinigung „Lets Talk Forum“ und der Veranstaltung „Trans whatever“ Subsidien zu gewähren. Politischer Aktivismus stellt eine Gefahr für junge Menschen und vor allem für junge Mädchen dar. Der Druck wird in der Schule durch die sogenannten Sensibilisierungskampagnen des „CID-Femmes“ erhöht. Die Stadt Luxemburg begeht den gleichen Fehler wie vor Jahren Großbritannien und die USA. In der Zwischenzeit werden sich die genannten Nationen des begangenen Fehlers bewusst. Durch eine massive Propaganda von politischen Aktivisten, die in den vergangenen Jahren immer mehr in Schulen unterwegs waren, hat sich vor allem unter Teenagern, häufig bei Mädchen, ein Trend entwickelt, zu meinen, sie würden in einem falschen Körper leben, wobei die meisten von ihnen lediglich eine Phase der Unsicherheit in Bezug auf ihren Körper durchlaufen oder unter einer psychiatrischen Störung leiden. In den USA hat sich die Zahl dieser Teenager innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt. In Großbritannien hat der National Health Service vor zehn Jahren weniger als 250 Fälle - meistens Jungen - registriert. Mittlerweile sind es mehr als 5.000 Fälle, davon zwei Drittel Mädchen.

Rat François BENOY (déi gréng): Dieses Thema ist nicht Gegenstand der heutigen Diskussion.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Bemerkung ist gerechtfertigt, weshalb ich Rat Weidig bitte, zur Schulorganisation zu sprechen. Die Position der ADR zum soeben behandelten Thema ist uns allen hinlänglich bekannt.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Es ist ein sehr relevantes Thema, auch auf Ebene der Kinderpsychiatrie. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende führen. Der Wähler kann entscheiden, ob ich Blödsinn rede oder nicht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich würde Sie bitten, beim Thema Schulorganisation zu bleiben.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Genau das tue ich, denn die genannte Aktionskampagne hat einen direkten Impakt auf die öffentliche Grundschule in der Stadt Luxemburg.

Viele Teenager haben sich einer Hormontherapie unterzogen. Jungen Mädchen wurden die Brüste entfernt, bevor sie die körperliche und mentale Reife erreicht haben. Vor einigen Tagen haben Experten klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass dies für junge Mädchen eine Gefahr darstelle. Das britische Gesundheitsministerium hat bekannt gegeben, dass die Abteilung für Trans-Jugendliche in der Tavistock-Klinik infolge eines großen Skandals geschlossen wird. Die Präsidentin des britischen Kinderarztverbandes sagte, dass jungen Mädchen Geschlechtsumwandlungen entweder vorgeschlagen wurden oder ihnen zumindest nicht davon abgeraten wurde.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Das alles haben Sie bereits vorgebracht. Sprechen Sie bitte über die Schulorganisation!

Rat Tom WEIDIG (ADR): In den Schulen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika geben sich immer mehr Jungen als Mädchen aus und suchen Damentoiletten auf. Ich will auch auf diese Gefahr hinweisen und hoffe, dass es in der Stadt Luxemburg nicht soweit kommen wird.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt Luxemburg unter Beweis gestellt, dass das Schulwesen gut organisiert ist, doch ist es wichtig, sich mit den von mir angesprochenen Punkten zu beschäftigen, wenn man den Kindern die bestmögliche Entwicklung ermöglichen will. Kinder sollten nicht auf falsche Wege gelenkt werden.

Rätin Pascale AREND (DP): Ich bin seit 2017 Mitglied der Schulkommission, doch ist es heute die erste Diskussion zur Schulorganisation, an der ich als Gemeinderätin teilnehme. Ich bedanke mich bei allen zuständigen Dienststellen der Stadt Luxemburg – insbesondere dem Schuldienst, der Dienststelle Technolink und der Dienststelle zuständig für die Schulfoyers – für die wertvolle Arbeit, die sie im Laufe des vergangenen Jahres im Interesse der Kinder geleistet haben. Mein Dank geht auch an Schöffe Paul Galles für sein großes Engagement und die ausführliche Präsentation der Schulorganisation. Er hat gezeigt, dass ihm, genauso wie seiner Vorgängerin Colette Mart, dieses wichtige und komplexe Dossier sehr am Herzen liegt. Mein Dank geht auch an unser Schulpersonal. Tag für Tag setzen sie sich für die Schule der Stadt Luxemburg und für die Kinder ein, dies bei Herausforderungen, die aufgrund der enormen Diversität der Schulbevölkerung und aufgrund einer übermäßigen Bürokratie zunehmen. Ich nutze die Gelegenheit, um auch allen Mitgliedern der Schulkommission zu danken, sowie allen, die an den zahlreichen Kommissionssitzungen teilgenommen haben: Regionaldirektion, Schulpräsidenten, Verantwortliche der Schulkomitees, die uns mit großem Engagement die Schulentwicklungspläne vorgestellt haben, in denen oft Themen wie das Wohl des Kindes, Multilinguismus, Respekt, Gefahren des Handys, Zusammenleben und kinderfreundliche Schulhöfe für die Jahre 2024 bis 2027 zurückbehalten wurden.

Schule ist für mich, auch beruflich bedingt, und als Mutter von drei Töchtern, ein Thema, das mich besonders stark interessiert, denn die Kinder sind unsere Zukunft. Die öffentliche Schule ist ein wichtiger Integrationsfaktor, da hier die Basis für unser Zusammenleben gelegt wird.

Auf das Lehrprogramm kann die Stadt Luxemburg keinen Einfluss nehmen, da dieses ausschließlich in der Kompetenz des Bildungsministeriums liegt. Die Gemeinde hat jedoch einen großen Einfluss auf die Schulinfrastruktur und das Angebot an außerschulischen Aktivitäten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir in der Schulkommission eine Arbeitsgruppe zum Thema „Schulhöfe“ eingerichtet haben, und dass die Idee zur Schaffung eines Koordinator-Postens für die Schulhöfe aufgegriffen wurde. Alle Schulhöfe werden nun genauer untersucht.

Die mentale Gesundheit der Kinder ist ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt und dem wir in unseren Schulen mehr

Beachtung schenken sollen. In unserer heutigen Gesellschaft sind leider auch unsere Kinder einem immer größeren Erwartungs-, Leistungs- und Konkurrenzdruck ausgesetzt, mit wachsenden Auswirkungen auf ihre mentale Gesundheit. Die Ursachen für diese Belastungen können vielfältig sein: die Bewertung in der Schule, die Angst, in der Schule zu scheitern, oder auch der ständige Vergleich mit anderen Schülern. Außerdem ist gewusst, dass die Digitalisierung und vor allem die sozialen Netzwerke wie Tik Tok, Instagram, Snapchat usw. dazu führen, dass unsere Kinder bereits sehr früh mit Fake News und Cybermobbing konfrontiert werden und dies schwer für sie zu verarbeiten ist. Ich habe demnach ausdrücklich begrüßt, dass wir auch dieses Thema in der Schulkommission aufgegriffen haben und Dr. Fandel uns die von ihrer Dienststelle ausgearbeitete Sensibilisierungskampagne zum Thema „Handyfreie Zonen in der Schule und im Schulfoyer“ vorgestellt hat. Es ist wichtig, dass wir unser Lehrpersonal und auch die Eltern ermutigen, handyfreie Zonen zu schaffen. Warum nicht auch dem Beispiel vieler Schulen in Frankreich folgen und den Zugang zum Handy mithilfe von Störsendern begrenzen? Durch solche Maßnahmen ermöglichen wir unseren Kindern eine ausgeglichene Schule mit weniger Druck – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Tsunami der sozialen Medien nicht mehr aufzuhalten ist.

Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk): Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Akteuren, die vor Ort und auch allen, die im Umfeld der Schule tätig sind, für ihre Arbeit danken. *dei Lénk* lesen die Dokumente zur Schulorganisation aus dem Blickwinkel der Bildungsgerechtigkeit. Wir alle wissen, dass unsere Schule vor großen Herausforderungen steht: Es ist eine öffentliche, luxemburgische Schule, in der die luxemburgischen Kinder mittlerweile in der Minderheit sind. Wir haben eine kulturell reiche Schulgemeinschaft, was sehr schön ist, für das Lehrpersonal jedoch auch eine Reihe von Herausforderungen mit sich bringt. Hinzu kommt, dass das Lehrpersonal zusätzlich immer mehr administrative Aufgaben wahrnehmen muss. Unsere Gesellschaft entwickelt sich nicht immer in eine gute Richtung. Wir wissen, dass unser kapitalistisches Wirtschaftsmodell große Ungleichheiten schafft, Reichtum schafft, der angehäuft wird und leider auch Armut produziert und reproduziert. Diese zunehmend ungleiche Gesellschaft spiegelt sich auch in der Schulgemeinschaft wider. Für das Lehrpersonal ist es sicherlich nicht immer einfach, den Bedürfnissen aller Kinder – mit den verschiedensten sozio-ökonomischen Hintergründen und mit verschiedenen Fähigkeiten – gerecht zu werden.

Die Dokumente zur Schulorganisation zeigen, dass unsere Schulen sehr kreativ und engagiert sind. Es finden viele Aktivitäten statt, Projekte werden umgesetzt. Es ist wichtig, dass auch außerschulische Aktivitäten organisiert werden, um den Kindern Lust auf die Schule zu machen. Schule soll auch ein Lebensraum sein, in dem die Kinder sich besser kennenlernen und entfalten können.

Die Schulentwicklungspläne zeigen, dass nicht alle Schulen und Schulfoyers über die gleichen infrastrukturellen Mittel verfügen. Verschiedene Schulfoyers verfügen über einen Bastelsaal, einen Garten oder sogar über einen Lehmofen. Solche Möglichkeiten tragen zur Entfaltung der Kinder bei. Eine Schule verfügt über ein Airtramp. Wir erfahren, dass das Airtramp sich u.a. sehr positiv auf die Entwicklung von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen auswirkt. Leider findet sich nicht immer ein Platz zur Installation eines Airtramps. Dies zeigt, dass Schulen ungleich aufgestellt sind.

Die Kommunikation zwischen Schule und Schulfoyer ist ein wichtiges Thema im Kontext der Schulorganisation. Wir lesen von einer mangelhaften Kommunikation, weil es z.B. an technischer Unterstützung fehlt, weil die Zeitpläne andere sind, u.a. Es sind konkrete Anliegen, die vorgebracht werden. Eine Reihe von Vorschlägen werden eingebracht. Aussagen wie die, dass die Versammlungen weiterhin auf freiwilliger Basis stattfinden sollten, oder auch der Wunsch, nur ein Minimum an

Versammlungen zu institutionalisieren, sind zu finden. Sollte nicht von Amts wegen ein Organigramm erstellt werden? Sollte nicht konsequent ein schnelles Kommunikationsmittel zwischen Schule und Schulfoyer installiert werden? Es sind dies konkrete Anliegen, die in die Schulorganisation eingeflossen sind. Auch mit dem E-Bichelchen gibt es mancherorts Probleme. Wenn Erwachsene nicht wissen, wie sie mit dem E-Bichelchen umgehen sollen, werden die Kinder die Leidtragenden sein. Jeder Akteur, der mit dem E-Bichelchen arbeitet, sollte einen entsprechenden Weiterbildungskurs erhalten.

Wir appellieren an den Schöffenrat die in den Schulentwicklungsplänen geäußerten Anliegen ernst zu nehmen, denn Kommunikation ist das A und O für ein gutes Funktionieren von Schule und Schulfoyer im Interesse des Kindes.

In der von mir eingereichten Motion fordere ich die Erstellung einer Liste von Anliegen, die Ausarbeitung eines Aktionsplans, um Lösungen herbeizuführen. Dieser Aktionsplan sollte ausgewertet werden. Die Motion versteht sich als konstruktiver Vorschlag. Für Anpassungsvorschläge bin ich offen.

Motion

« Motion pour améliorer l'environnement de travail et la coopération entre les écoles fondamentales et les services municipaux dans les quartiers de la ville de Luxembourg »

Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg,

- Considérant Art 57 de la loi modifiée du 6 février 2009 portant organisation de l'enseignement fondamental sur la surveillance des écoles, qui est exercée:
 1. en ce qui concerne l'État, par le ministre,
 2. en ce qui concerne la commune, par le conseil communal et le collège des bourgmestre et échevins, chacun selon ses compétences.
- Considérant Art 58. de la loi modifiée du 6 février 2009 portant organisation de l'enseignement fondamental sur les attributions par ses organes compétents :

“Dans le cadre de l'enseignement fondamental, la commune, par ses organes compétents respectifs, exerce notamment les attributions suivantes:

 1. établir et adopter l'organisation scolaire ;
 2. participer à l'administration des écoles ;
 3. veiller à la réalisation et à l'entretien des bâtiments et équipements scolaires ;
 4. organiser l'encadrement périscolaire des élèves tel que prévu aux articles 16 et 17 et veiller à son application ;
 5. veiller à l'exécution des dispositions légales en rapport avec la sécurité dans les écoles.
- Considérant que le plan de développement scolaire (PDS) pour l'enseignement fondamental est élaboré tous les 3 ans, offrant une vue d'ensemble sur la situation de nos écoles fondamentales dans la Ville de Luxembourg, et qu'il repose sur une analyse de la situation initiale de l'école basée sur:
 1. des données et rapports relatifs à la situation actuelle de l'école ;
 2. des données empiriques fournies aux écoles ;
 3. des projets et mesures en cours visant le développement scolaire, y compris le PDS précédent ;
 4. des rapports d'évaluation internes et externes

5. de tout autre rapport ou constat établi au sein de l'école. En cohérence avec l'analyse réalisée de manière participative au sein de l'école, le comité d'école identifie les priorités à suivre pour le développement de l'établissement scolaire
- Considérant que le suivi du PDS est effectué régulièrement tout au long de l'année scolaire en concertation avec tous les partenaires scolaires concernés par les objectifs et sous-objectifs évalués, ce bilan porte sur :
 1. l'atteinte des objectifs ;
 2. la participation des partenaires scolaires ;
 3. la dynamique d'échanges et de communication au sujet du développement de l'école.
 - Considérant que les différents services de la Ville de Luxembourg doivent être impliqués dans le processus d'amélioration et que des doléances sont directement adressées à ces services :
 1. Service Enseignement
 2. Service d'accueil socio-éducatif
 3. Service Support Technologies de l'information et de la communication
 4. Commission scolaire
 5. Service des parcs

Invite le Collège des Bourgmestre et Échevins à :

- Établir une liste exhaustive des doléances figurant dans les différents PDS des écoles, regroupées par services concernés
- Élaborer un plan d'action en réponse aux doléances
- Effectuer une évaluation du plan d'action fin 2026
- Réaliser une évaluation finale en 2027. »

Die Wartelisten in den Schulfoyers sind immer wieder ein Thema. Wie viele Kinder stehen auf der Warteliste? Wir alle wissen um die Problematik, dass Mütter, wenn sie keinen Platz für ihr Kind im Schulfoyer erhalten, nicht berufstätig sein können, was wiederum zu einer Abhängigkeit der Frau führt.

Das Projekt für den Bau eines Schulcampus im Bahnhofsviertel ist zu begrüßen. Besonders zu begrüßen ist, dass sich ein partizipativer Prozess entwickelt hat. Welcher Zweckbestimmung soll

das bestehende Schulgebäude Rue du Commerce zugeführt werden? Sinn und Zweck des Projektes einer neuen Schule im Bahnhofsviertel sei es unter anderem, so habe ich es zumindest verstanden, die Kinder der Schule Rue du Commerce aus einem Schulumfeld, das nicht unbedingt kinderfreundlich ist, herauszuholen. Die Aussage von Rätin Mart, dass der Schulhof in der Rue du Commerce dringend neu gestaltet werden muss, kann ich nur unterstützen.

In Frankreich beginnt die Schule morgens um 9 Uhr, was den Kindern entgegenkommt. Kinder brauchen genügend Schlaf und Ruhe – Dinge, die in unserem hektischen Alltag oft zu kurz kommen. Die Kinder leiden darunter. Ich weiß sehr wohl, dass eine Änderung der Zeit des Schulbeginns nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde liegt, doch war es mir wichtig, diesen Punkt als Denkanstoß einzubringen.

Das Thema kinderfreundliche Schulhöfe wurde bereits angesprochen. Unsere Schulhöfe sind oft zubetoniert und auch nicht immer ungefährlich. Nicht nur ein oder zwei Schulhöfe sollten kinderfreundlich umgestaltet werden. Alle Schulhöfe

sollten in Bezug auf Sicherheit und ihr pädagogisches Konzept geprüft werden. Die Meinung von Rätin Mart betr. den Schulhof Rue Demy Schlechter und den Schulhof Rue du Commerce kann ich nur teilen. Der Schulhof der Waldorfschule (Privatschule) im Stadtteil Limpertsberg ist pädagogisch gestaltet und wunderschön. Die Meinung von Rätin Brömmel, die Erfahrungen, die im Rahmen des Projektes zur Neugestaltung des Schulhofes Rue Henri VII gemacht wurden, für andere Projekte zu nutzen, kann ich nur unterstützen.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte: die Aufsicht in den Schulhöfen während der Pause. Ist die Sicherheit hier stets gewährleistet? Mir liegt es fern, die Aufsicht des Lehrpersonals in Frage zu stellen. In den Pausen kann es jedoch zu Mobbing, zu Streitereien oder zu gefährlichen Spielen kommen. Das Lehrpersonal muss sich auch in den Pausen erholen können, so dass ich mich frage, inwieweit sie noch die Ressourcen haben, alle Kinder im Blick zu behalten, wissend dass Kinder sich verletzen oder Situationen ausarten können. Wird der Schulhof in der Rue Demy Schlechter nun dienstags, donnerstags nachmittags, an den Wochenenden und während der Schulferien geöffnet sein?

Schwimmen lernen ist wichtig, denn es kann über Leben und Tod entscheiden. In verschiedenen Schulen haben die Kinder nur alle 14 Tage Schwimmunterricht. Es ist bekannt, dass viele Kinder, wenn sie die Grundschule verlassen, noch nicht richtig schwimmen können.

Auf dem Schulweg sind die Kinder Gefahren ausgesetzt. Als Fußgänger sind sie in Konkurrenz mit dem Autoverkehr. Autofahrer suchen Schleichwege durch die Nebenstraßen, um Staus zu umgehen. In den Nebenstraßen, welche auf dem Schulweg der Kinder liegen, sind Autofahrer oft schnell unterwegs. Wir wünschen uns, dass die politisch Verantwortlichen eingreifen und die Sicherheit der Kinder gewährleisten, indem sie mutige Maßnahmen treffen, den Durchgangsverkehr einschränken, so wie Bürgermeisterin Polfer es in der letzten Wahlkampagne versprochen hat.

Der Pedibus wird in acht Stadtteilen funktionieren. Nach welchen Kriterien wurden die acht Viertel ausgewählt? Im Bericht lese ich: „L'extension future du projet sera plus lente car les étapes organisationnelles le nécessitent.“ Welches sind die Gründe dafür, dass das Projekt künftig langsamer voranschreiten soll? Weiter ist zu lesen, dass die Projektverfolgung schwerfällig sei. Dies wirft die Frage auf, ob genügend Begleitpersonen zur Verfügung stehen.

Mir liegt daran, auch die Wichtigkeit der schulmedizinischen Dienststelle zu unterstreichen. Sie kann gesundheitliche Probleme erkennen und leistet auch präventive Arbeit. Ihre Angebote sind besonders wichtig für Kinder aus finanziell weniger bemittelten Familien. Es gibt das Gratisangebot einer Ernährungsberaterin. In keiner anderen Gemeinde können Kinder und ihre Familien von einem solchen Gratisangebot profitieren. Im Bericht der schulmedizinischen Dienststelle lesen wir, dass diese viele Kinder mit Übergewichtsproblemen begleitet. Übergewicht bei Kindern ist ein Problem der öffentlichen Gesundheit und liegt daher in der kollektiven öffentlichen Verantwortung. Wir alle wissen um das mentale Problem der Klimaangst, mit dem auch immer mehr Kinder und Jugendliche seit der Covid-Pandemie zu kämpfen haben. Dabei handelt es sich um eine diffuse Angst, die aufgrund von bereits bestehenden oder voraussichtlichen Klimafolgen zu Belastungserscheinungen führt. Immer mehr Kinder spüren auch die Not ihrer Eltern in den wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Die Kinder erleben den Druck, denen ihre Eltern auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ausgesetzt sind. Unsere Gesellschaft schafft Ungleichheiten, schafft und reproduziert Armut, und dies alles färbt auch auf die Gesundheit unserer Kinder ab.

Ich möchte auch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Eltern und den Elternkomitees hervorstreichen. Das

Engagement von Eltern im Interesse der Kinder und der Schulgemeinschaft ist zu begrüßen. Leider engagiert nicht jedes Elternkomitee sich gleich stark und nicht überall klappt die Zusammenarbeit gleich gut. Es soll auch vorkommen, dass Vorschläge von Eltern vom Lehrpersonal allzu leicht von der Hand gewiesen werden. Die Gründe hierfür können vielfältig sein, dies auch vor dem Hintergrund, dass das Lehrpersonal häufig bereits überarbeitet ist oder es keinen Verantwortlichen gibt, der sich verantwortlich fühlt, um Projekte zusammen mit dem Elternkomitee durchzuführen.

In der Schule werden große Anstrengungen unternommen, um Kinder mit spezifischen Bedürfnissen zu begleiten. Aus verschiedenen Schulentwicklungsplänen geht jedoch auch hervor, dass eine solche Unterstützung nicht immer selbstredend ist. Häufig fehlt es an den nötigen Ressourcen, um helfen zu können (z.B. „pas assez d'assistance en classe“). Kinder mit spezifischen Bedürfnissen in der Klasse zu begleiten und zu unterstützen erfordert viel Energie und Engagement. Andere Kinder in der Klasse kommen dann zu kurz. Bei einer wachsenden Zahl an verhaltensauffälligen Kindern braucht es mehr Begleitung. Es stehen nicht ausreichend Stunden zur Verfügung, um Kinder mit spezifischen Bedürfnissen begleiten zu können. Alle Kinder in der Klasse leiden darunter. Es sind dies einige der Feststellungen, die ich den Schulentwicklungsplänen entnommen habe und die wir uns zu Herzen nehmen müssen.

Den Schulentwicklungsplänen ist weiter zu entnehmen, dass die vorhandenen Schulinfrastrukturen nicht ausreichen und es an Ausweichmöglichkeiten fehlt. Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf die Bedürfnisse von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen, sondern auf alle Kinder, die in unserem stressigen Schulalltag eine Rückzugsmöglichkeit brauchen. Es scheint große Unterschiede zwischen den Schulen zu geben, was die personellen Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und auch die infrastrukturellen Mittel betrifft.

Im Rahmen meiner Arbeit als Journalistin hatte ich vor Jahren die Gelegenheit, die Schule in Weiswampach zu besuchen, die ein sehr ambitionöses Schulprojekt zum Thema Achtsamkeit lanciert hatte. Die ganze Schulgemeinschaft, die Vorschul- und Grundschulklassen, das Lehrpersonal und die Eltern konnten vom Angebot profitieren. Jeden Tag haben die Kinder in der Klasse während ein paar Minuten einfache Achtsamkeitsübungen gemacht. Ich habe vor Ort mit dem Lehrpersonal und den Kindern gesprochen und konnte über die Reaktionen der Kinder nur staunen. Sie sagten mir, dass diese Übungen eine beruhigende Wirkung hätten, sie weniger streiten würden und käme es doch zu Streitigkeiten, sie ihre Emotionen besser kontrollieren könnten. Die Kinder sagten mir, dass diese positiven Elemente auch auf ihre Eltern abfärben würden. Demnach ein schönes und spannendes Projekt, von dem die ganze Schulgemeinschaft profitiert, bei dem das Kindeswohl gefördert wird und das auch positive Auswirkungen auf die Schulleistungen der Kinder hat. Vor dem Hintergrund, dass wir Eltern und auch die Kinder einen immer stressigeren Alltag erleben, ist es wichtig, Momente zu finden, wo man sich erholen und durchatmen kann. Mir ist bekannt, dass es Lehrer und Lehrerinnen gibt, die solche Ansätze in ihren Klassenalltag einbauen. Mir war es jedoch wichtig, auf dieses Projekt hinzuweisen, das von einer ganzen Schulgemeinschaft getragen wird und dessen positiver Impact bemerkenswert ist.

Die gesundheitsbelastenden Auswirkungen und Risiken der Handynutzung bei Kindern und jungen Jugendlichen treten immer deutlicher zu Tage. Es gibt immer mehr Lyzeen, die ein Handynutzungsverbot einführen, weshalb man auch über die Idee eines Handynutzungsverbot in unserer Grundschule diskutieren sollte. Kürzlich habe ich gelesen, dass 86% der Kinder im Alter von 12 Jahren bereits ein Handy besitzen. Demnach gäbe es in den Klassen des Schulzyklus 4 bereits viele Kinder, die ein Handy haben.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Vorweg möchte ich Schöffe Galles für seinen ausführlichen und interessanten Bericht danken. Ich möchte allen Akteuren für die geleistete Arbeit danken, der Schulkommission, dem „Comité de cogestion“, sowie allen Dienststellen und auch allen, die die uns vorliegenden Berichte verfasst haben. In diesem Zusammenhang möchte ich den Bericht der Elternschule hervorheben. Man kann die Wichtigkeit der Arbeit der Elternschule sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene nicht genügend unterstreichen. Ich begrüße, dass der Austausch mit allen betroffenen Akteuren, mit den Kindern und Eltern immer wieder als prioritär hervorgehoben wird. Ein solcher Austausch stellt das Fundament für den Aufbau einer selbstbewussten Gesellschaft dar, in der die Menschen froh und frei leben können, ohne dass Menschen ausgegrenzt werden.

Es ist beeindruckend zu lesen, was alles erreicht wurde. Es ist auch wichtig, die Kommentare und Empfehlungen, die in den verschiedenen Berichten zum Ausdruck gebracht werden, zur Kenntnis zu nehmen und zu analysieren. Dies alles zeigt auf das Engagement der einzelnen Akteure hin. Ein Vergleich mit der Schöffenratserklärung zeigt, dass fleißig daran gearbeitet wird, die darin genannten Ziele zu erreichen.

Die Schule ist neben Budget, Sicherheit und Standortentwicklung sicherlich eines unserer zentralsten Themen. Selbst wenn uns der Rahmen des Schulwesens weitgehend vom Staat vorgegeben wird, ist die Situation in der Stadt Luxemburg spezifisch, da sie jedes Jahr viele neue Kinder aufnimmt, von denen viele einen anderen kulturellen oder sozialen Hintergrund haben.

In unserem Blickfeld muss auch die Kinderarmut stehen. Die außerschulischen Aktivitäten, die verschiedenen Schulprojekte, die Schulausflüge, usw., erlauben es der Stadt Luxemburg, die Schule im Rahmen der kommunalen Kompetenzen zu unterstützen und ein komplementäres Angebot zu schaffen. Sich nicht genügend um die Kinder und die Jugendlichen zu sorgen, hieße zu vergessen unsere eigene Zukunft zu planen. Sehen wir uns die demographische Entwicklung auf dem Gebiet der Hauptstadt an, stellen wir fest, dass die Altersspanne zwischen 20 und 45 Jahren am stärksten vertreten ist. Viele dieser Menschen gründen eine Familie mit Kindern. Dies bedeutet, dass parallel zum Einwohnerzuwachs durch hinzugezogene Familien weitere Kinder (Geburten) hinzukommen. Rund 58 Prozent der Kinder in unserer städtischen Grundschule haben eine nicht-luxemburgische Nationalität. Im Budgetbericht konnte ich mit großer Genugtuung feststellen, mit welcher Konsequenz die Stadt Luxemburg sowohl in den Bau als auch in die Renovierung von Schul- und Schulfoyer-Infrastrukturen investiert. Wertvoll ist auch, dass für jedes Stadtteil die adäquaten Infrastrukturen und Dienstleistungen geschaffen bzw. ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass mit der Entwicklung der Stadtteile Schritt gehalten wird. Hinkt die Entwicklung der Infrastrukturen der Entwicklung des Stadtteils hinterher, beklagen sich die Eltern zurecht. Demnach ist es wichtig, dass wir über einen Mehrjahresplan verfügen, um diese Projekte umsetzen zu können.

Ich begrüße, dass die Nutzung der schulischen, sportlichen und kulturellen Infrastrukturen im Rahmen der PEPs systematisch erfasst wird. Dies ist die Grundlage für eine gute Organisation und Planung auf dem Gebiet der Hauptstadt.

Zu den Infrastrukturen werden auch die informatischen Mittel gezählt. Es freut mich zu lesen, dass konsequent darin investiert wird, auch wenn es noch viel Luft nach oben gibt.

Bei den Sportinfrastrukturen ist vorgesehen, dass bei der Planung von neuen Schwimmbädern, das Zweibeckenmodell zurückbehalten wird.

Das Projekt zur Entsiegelung und Begrünung der Schulhöfe ist nicht nur eine klimafreundliche Aktion, sondern hat auch

positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Kinder. Es ist zu begrüßen, dass sowohl die Kinder als auch die Eltern in die Planung dieses Projektes eingebunden werden. Diese Konsultierung ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Idee, Schulhöfe auf den Dächern von Schulen einzurichten, finde ich interessant, aber nicht sympathisch. Ein Schulhof verschafft einem Schulgebäude eine zusätzliche räumliche Ausdehnung und trägt zu einer guten Luftzirkulation bei. Demnach ist der Schulhof mehr als nur ein Pausenhof.

Über das Vorschreiten des Projektes eines Schulcampus im Bahnhofsviertel freue ich mich. Die neue Schule wird zentral gelegen sein und wird die Kinder aus alten und neuen Stadtteilen, die entstehen werden, zusammenführen. Vom sozialen und vom verkehrstechnischen Standpunkt aus betrachtet, erscheint mir dies sehr sinnvoll. Wurden die Berechnungen bezüglich der Auswirkungen der Anzahl der eingeschulten Kinder bei der Planung berücksichtigt? Wurden die Bedürfnisse der Kinder im öffentlichen Raum – Aufenthaltsbereiche, Lebensmittelgeschäfte, usw. – berücksichtigt? Die Tatsache, dass wir es mit einem sehr dicht besiedelten Stadtteil zu tun haben, stellt insofern einen Mehrwert dar, als der kurze Schulweg den Autoverkehr reduzieren wird.

Die Sicherheit der Kinder liegt uns allen am Herzen. In der Schöfferratserklärung wird dies auch hervorgehoben. Es ist zu begrüßen, dass ein Leitfaden mit detaillierten Sicherheitsregeln, die es im Wald zu beachten gilt, in Ausarbeitung ist. In den Medien ist immer wieder die Rede von Aggressionen, Gewalt und Gewalt und die Tatsache, dass die Angreifer immer jünger werden. Welche konkreten Präventivmaßnahmen werden im Umfeld von Schulgebäuden getroffen? Die Sicherheit auf dem Schulweg ist ebenfalls ein Aspekt, der in den Bereich Sicherheit fällt. Ich begrüße die Ausdehnung des Pedibus-Angebots. Es wird immer Eltern geben, die ihr Kind mit dem Auto zur Schule fahren wollen. Damit bringen sie andere Kinder in Gefahr. Hat die Stadt Luxemburg sich Regeln zur Schaffung eines Perimeters gegeben, innerhalb dessen Grenzen dieses gefährliche Verhalten unterbunden werden kann? Kinder verbringen die meiste Zeit ihres Lebens in der Schule, weshalb eine gute Lebensqualität in der Schule eine so wichtige Rolle spielt. Die Qualität unserer Infrastrukturen, aber auch die in der Schule gereichten Mahlzeiten sowie das Angebot von Weiterbildungskursen für Lehrpersonal, Erzieher, Psychologen und das Personal der schulmedizinischen Dienststelle sind sehr wichtig. Bei allen Anstrengungen, von denen wir in den Berichten erfahren und die wir schätzen, muss auch in Zukunft verstärkt auf die Hausaufgabenhilfe gesetzt werden. Insbesondere Kindern aus einem sozialschwächeren Milieu und jenen Kindern, die wegen Unruhen und Not ihre Heimat verlassen mussten und sich nun bei uns zurechtfinden müssen, schulden wir eine konsequente Hilfestellung. Es ist wichtig, dass die Schule ihrer Rolle bei der Erziehung zu einem sozialen Zusammenleben gerecht wird. Im Rahmen der PEPs finde ich das Projekt „Keng Gewalt a kee Mobbing a Schoul a Foyer“ besonders wichtig. Zu begrüßen ist auch die Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für politisch Bildung“, dem „Centre Formida“ und dem Lehrpersonal. Die Schule in der Rue Gellé lehrt die Kinder kulturelle Diversität zu leben und betont dabei die Wichtigkeit eines gewaltlosen und friedlichen Zusammenlebens. Mich wundert, dass die Zentralschule in Clausen bisher kein Interesse daran gezeigt hat, eine von weltweit 10.000 UNESCO-Projektschulen zu werden. Die Schule in Clausen ist mitten in einer UNESCO-Zone gelegen, die Kinder könnten für das Patrimonium, dessen Bedeutung sensibilisiert werden und Teil eines internationalen Netzwerks der UNESCO-Projektschulen werden. Unsere Kinder sollen lernen, dass die Zerstörung von Weltkulturerbe in anderen Ländern auch uns betrifft und wir Teil einer Weltgemeinschaft sind. Als Freund von Patrimonium und Architektur freut es mich besonders, dass das vom „Luxembourg Center for Architecture“ initiierte Projekt „LABO Patrimoine“ nun als Weiterbildungsangebot übernommen wurde. Es handelt sich um ein interessantes Angebot, wo Kinder die Architektur ihres

Stadtteiles aktiv entdecken können. Im Rahmen der Begleitprogramme wäre es zu begrüßen, wenn die Stadt Luxemburg analysieren könnte, wie jedes Kind von diesem Programm profitieren könnte, unabhängig davon, in welchem Stadtteil es zur Schule geht. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass den Begleitprogrammen in den einen Schulen mehr und in anderen weniger Bedeutung beigemessen wird. Wäre es möglich, dass jede Schule in Berührung mit sämtlichen Themenfeldern kommt, ein jährlicher Online-Orientierungsplan zur Verfügung steht, der Aufschluss über das Angebot auf dem Gebiet der Hauptstadt gibt und dem sich jede Schulklasse anschließen kann?

Die Schulentwicklungspläne geben Aufschluss darüber, in welche Richtung die Arbeit der verschiedenen Schulen geht. Die von der Schule in Limpertsberg ausgearbeiteten Konzepte „Nature – Life - Digital Balance“ sind eine hervorragende Initiative, ebenso der Ansatz „Hygiène de vie saine et consciente“ der Schule in Bonneweg. Das Projekt „Buddy“ der Grundschule Kirchberg ist eine gute Initiative im Sinne der Integration von Kindern, die im Laufe eines Schuljahres hinzustoßen. Die Devise der Schule Hollerich „Tous différents, tous ensemble“ fasst die Herausforderungen unserer Grundschulen in einer internationalen Gesellschaft zusammen. Die Sorge um die Sprachkompetenzen, um nachhaltige Entwicklung, um Medienkompetenzen und Digitalisierung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichte. Es sind dies Kompetenzen, die es weiter zu fördern gilt. Die Entwicklung des Modells „Schulklasse im digitalen Zeitalter“ und die Entwicklung des „Makerspace“ sind wichtige Initiativen für die Zukunft. 326 Natur-Aktivitäten für die Schulklassen zu organisieren, ist eine Leistung. Das Projekt „Schoulgart“ der Schule Belair bietet Kindern die Gelegenheit, Früchte und Gemüse kennenzulernen und fördert zudem den Teamgeist. Es wird angepflanzt, geerntet, gekocht und so das Wohlbefinden und die Lebenskompetenz der Kinder gestärkt. Musik unterstützt die Entwicklung der Kinder. Die Aktivitäten des „Centre Verdi“ sind absolut begrüßenswert und es wäre wünschenswert, wenn das Zentrum mit weiteren Musikinstrumenten ausgestattet werden könnte. Was wurde unternommen, um die Wartelisten für die Schulfryers zu verkürzen?

Die schulmedizinische Dienststelle ist gut aufgestellt. In ihrem Bericht wird auf eine Zunahme von physischen Gewaltproblemen hingewiesen. Werden präventiv Sensibilisierungskampagnen in den Schulen durchgeführt? Welche Sensibilisierungsmaßnahmen werden im Bereich der mentalen Gesundheit getroffen?

Ich kann den Schöfferrat nur für seine kohärente Politik im Interesse der Kinder und unserer Zukunft beglückwünschen.

Rat Bob BIVER (CSV): Vorweg möchte ich mich bei Schöffe Galles für seinen interessanten und ausführlichen Bericht bedanken. Mein Dank geht auch an den Schuldienst, die vielen anderen Dienststellen, das Lehrpersonal, die Schulkomitees und an alle Akteure, die jeden Tag im Interesse unserer Kinder im Einsatz sind.

Fakt ist, dass die Kinder immer weniger Bewegung haben. Die Rückmeldungen und Ausführungen im Schulsport-Bericht sind nicht immer positiv. Daraus geht hervor, dass in der Stadt Luxemburg weniger als einer von vier Klassentitularen den Sportunterricht selbst hält. 499 Schulsporteinheiten pro Woche (76,53%) werden von Nicht-Klassentitularen gehalten. Mehr als die Hälfte der Sportunterrichtsstunden (57,66%) wird von Lehrbeauftragten gehalten. An und für sich stellt es kein Problem dar, wenn motivierte und erfahrene Lehrbeauftragte Sportunterricht geben. Leider scheint es, dass nicht alle immer erfahren und motiviert sind. Wir hören immer häufiger, dass Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit nicht richtig schwimmen gelernt haben, sie keinen Purzelbaum schlagen können bzw. sie keine Lust auf Sport haben.

Die Eröffnung des Schwimmbads im Stadtteil Cents hat zu einer Entlastung der übrigen Schwimmbäder geführt. Der Mangel an ausreichenden Zeitfenster für den Schulschwimmsport in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass die Kinder des Schulzyklus 1 nicht so oft wie geplant ins Schwimmbad konnten. Die oft langen Transportwege führen dazu, dass die Kinder nicht lange im Schwimmbad oder in der Sporthalle sind. Aus dem Bericht geht des Weiteren hervor, dass es noch mehr Schwimmbäder bzw. mehr Schwimmbecken (Zweibeckenprinzip) braucht. Verschiedene Sporthallen bzw. Turnsäle, so geht es aus dem Bericht hervor, seien nicht in einem guten Zustand und Renovierungsarbeiten seien nötig. Sind Renovierungsarbeiten bzw. neue Sportinfrastrukturen geplant? Sollte dies der Fall sein, welches wären dann die Zeitpläne?

Der Bericht nennt auch positive Elemente, so z.B. das Schulsportprojekt „Intervilles Natation“: Die zwölf besten Schwimmerinnen und Schwimmer aus den Grundschulen der Stadt Luxemburg haben im März 2024 an einem Schwimmwettbewerb in Metz teilgenommen. Jedes Jahr finden für die Kinder des Schulzyklus 4.2. die Fitnessstests zur Erlangung des „Brevet sportif“ statt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Trainern des CSL, die dabei stets gerne mithelfen, zu danken. Wäre der Schöfferrat gewillt, externe Akteure im Rahmen des Schulsports intervenieren zu lassen? Sollte dies der Fall sein, in welchem Rahmen könnte dies erfolgen?

Rat François BENOY (déi gréng): Die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg und im Umfeld der Schule ist ein Thema, das immer wieder in den Schulentwicklungsplänen, aber auch im Kontakt mit den Bürgern, angesprochen wird. Kinder sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Das Thema reicht sowohl in das Ressort von Schöffe Goldschmidt als auch in das von Schöffe Galles hinein. Die Kinder sind im Straßenverkehr großen Gefahren ausgesetzt, nicht zuletzt, weil sie aufgrund ihrer Größe von den Autofahrern nicht so gut gesehen werden. Die Verkehrsdichte hat in den vergangenen Jahren zugenommen und die Autos werden immer größer. Gleichzeitig hat sich in Bezug auf die Gestaltung von Straßen und die Straßenführung nicht wirklich viel verändert. Fakt ist, dass viele Schulwege für die Kinder nicht sicher sind und auch im Bereich der Schulen die Sicherheit nicht optimal gewährleistet wird. Das ist eine untragbare Situation. Wir müssen deshalb das Umfeld einer jeden einzelnen Schule unter die Lupe nehmen und umgehend Maßnahmen ergreifen.

Wenn Mobilitätsprobleme im Umfeld der Schule zum Thema werden, ist dies Ausdruck einer verfehlten Mobilitäts- und Stadtplanungspolitik in den letzten Jahrzehnten. Sicherlich gibt es auch Probleme, die sozusagen von den Eltern hausgemacht sind. Die Rede ist hier vom Verkehr, der generiert wird, wenn Eltern ihre Kinder morgens mit dem Wagen zur Schule fahren, und so andere Kinder, die zu Fuß unterwegs sind, in Gefahr bringen. Wenn Eltern in der Nähe eines Fußgängerüberwegs anhalten, um ihr Kind aus dem Auto aussteigen zu lassen, bedeutet dies eine Gefahr für jene Kinder, die hier zu Fuß unterwegs sind. Nicht alle Eltern fahren ihr Kind zur Schule, weil es für sie am bequemsten ist. Es kann auch sein, dass der Zeitplan des öffentlichen Transports nicht passt, um von A nach B zu gelangen oder sie sich auf einem Radweg nicht sicher spüren. Es braucht ein Umdenken und ganz allgemein müssen wir die gesamte Mobilität verbessern, sprich den sanften Verkehr (Fußgänger, Radfahrer) fördern und den Autoverkehr reduzieren. Der Durchgangsverkehr muss aus den Straßen im Umfeld von Schulen herausgeholt und die Autofahrer dazu ermutigt werden, auf ein anderes Verkehrsmittel umzusteigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf den Mobilitätsplan zu sprechen kommen. *Déi gréng* hätten konkretere Ansätze erwartet. Es sei an das Versprechen erinnert, noch vor den Sommerferien eine Diskussion im Gemeinderat über

den Mobilitätsplan zu führen. Wir erwarten demnach, dass dieser Punkt auf einer nächsten Tagesordnung stehen wird.

Die Pedibus-Initiative ist selbstverständlich zu begrüßen. Andererseits ist der Pedibus Ausdruck eines Scheiterns der Mobilitätspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Der Pedibus wurde eingeführt, weil die Eltern Angst haben, ihre Kinder alleine zu Fuß zur Schule gehen zu lassen, weil die Schulwege nicht sicher genug sind. Die Situation im Umfeld einer Schule variiert von Schule zu Schule, allen gemeinsam ist jedoch, dass es in Bezug auf die Verkehrssicherheit überall nachzubessern gilt. In diesem Sinne hat unsere Fraktion eine Motion eingereicht:

Motion

« Motion pour un apaisement du trafic efficace devant les écoles de la Ville de Luxembourg »

Le Conseil communal,

considérant,

- que les enfants sont les usagers de la route les plus vulnérables,
- que la plupart des trajets vers l'école et les alentours des écoles de la Ville de Luxembourg sont dangereux,
- que les récents projets d'aménagements de la Ville de Luxembourg près des écoles (p. ex. Gellé, Cessange, Merl ...) n'améliorent pas la situation, en raison d'absence de mesures adéquates,
- que de nombreuses autres villes montrent comment réaliser un apaisement du trafic de qualité (p. ex. Paris, Vienne ...),
- que le guide de l'apaisement de la circulation du ministère de la mobilité développe toutes les mesures nécessaires,

invite le Collège échevinal,

- à proposer au courant des prochains 6 mois au conseil communal pour toute école fondamentale de la Ville de Luxembourg – soit de manière définitive, soit ponctuelle pour tester les mesures proposées:
 - une modification en zone 30,
 - un apaisement du trafic efficace à savoir:
 - une piétonisation ou une réduction du volume de trafic motorisé, par des mesures telles que des filtres modaux, des sens uniques ou des interdictions de circulation temporaires (lors des débuts et éventuellement les fins des cours scolaires),
 - des mesures afin que la vitesse 30 soit réellement respectée, par des éléments qui obligent les conducteurs à dévier horizontalement (décrochage du gabarit, rétrécissements alternés...) ou verticalement (coussins berlinois, plateaux...),
 - un aménagement aux alentours des passages piétons rendant l'arrêt et le stationnement impossibles,
 - des trottoirs ayant une largeur confortable, afin de garantir le passage de plusieurs personnes sans devoir dévier sur la chaussée,
 - la présence d'agents municipaux, formés en la matière, aux passages dangereux lors des débuts et fins de cours scolaires,
 - si cela s'avère nécessaire, des zones « Kiss and go » dans une rue adjacente ;
- à intensifier la discussion avec les écoles européennes et privées, les lycées et les autres écoles, ainsi que

les instances étatiques afin de trouver à ces endroits aussi des solutions allant dans le sens des mesures proposées ;

- à améliorer substantiellement la sensibilisation des parents ;
- à présenter ces propositions avant la décision à la commission scolaire et au conseil communal pour discussion. »

In den vergangenen Jahren wurden wohl einige Maßnahmen getroffen, doch leider haben diese nicht zu einer Verbesserung beigetragen, so z.B. im Bereich der Schule Rue Gellé, wo es nach wie vor viel Durchgangsverkehr gibt, oder auch in Merl, wo die Autos im Bereich der Schule schnell unterwegs sind. Hier muss unbedingt nachgebessert werden. Wiederholt haben wir Verbesserungsvorschläge eingebracht. Die Stadt Paris hat ein Konzept „Rues aux écoles“ eingeführt, bei dem Straßen vor den Schulen ausschließlich als Fußgängerzonen ausgewiesen werden, kombiniert mit Begrünung. Die Stadt Paris hat mittlerweile 200 solcher „rues aux écoles“ ausgewiesen. Bis 2026 sollen es 300 werden. Die Hälfte dieser Straßen ist als Fußgängerzone ausgewiesen. Wir sind uns bewusst, dass nicht unbedingt für jede Schule dieselben Maßnahmen getroffen werden können. Fest steht jedoch, dass überall nachgebessert und ambitioniert vorgegangen werden kann. In Wien werden verschiedene Straßen im Umfeld von Schulen zu bestimmten Uhrzeiten am Tag für den Verkehr gesperrt. Es besteht die Möglichkeit, alle umliegenden Straßen oder nur verschiedene Straßen zu sperren.

In unserer Motion schlagen wir eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor. Der Schöffenrat ist aufgerufen, innerhalb der kommenden sechs Monate für jede Grundschule Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorzulegen. Es kann sich um definitive oder aber um punktuelle Maßnahmen handeln. Tempo-30-Zonen im Umfeld von Schulen sollte es allerdings überall geben. Noch längst nicht alle Straßen vor Schulen sind als Tempo-30-Zonen ausgewiesen (siehe Rue Aloyse Kayser, Avenue Gaston Diderich, die Schule in Merl, Rue Verte, Rue du Cimetière, Rue Demy Schlechter, Rue des Peupliers, usw.). Allerdings reicht es auch nicht aus, eine Tempo-30-Beschilderung zu installieren. Eine wirksame Verkehrsberuhigung muss damit einhergehen: z.B. eine Ausweisung als Fußgängerzone - sicherlich nicht überall umsetzbar -, die Eindämmung des Durchgangsverkehrs mittels Installation von modalen Filtern (z.B. an der Kreuzung Rue Gellé/Rue Feller) und der Einführung des Einbahnverkehrs. Ein Zugang zu den Geschäften wäre weiterhin gewährleistet und die Anrainer könnten weiterhin mit ihrem Wagen zu ihrer Wohnung fahren. Die Rue Batty Weber und die Rue du Verger würden sich ebenfalls für die Umsetzung einer solchen Maßnahme eignen. Auch das Konzept der Stadt Wien ließe sich umsetzen (Sperrung der Straße z.B. morgens vor Schulbeginn und nachmittags nach Schulschluss). In Straßen, wo es nicht so einfach ist, den Durchgangsverkehr einzudämmen, wie z.B. in der Rue de Merl, sollten bauliche Maßnahmen getroffen werden, damit die Tempo-30-Regelung von den Autofahrern respektiert wird. Hier ließen sich Berliner Kissen anbringen oder die Fahrbahnen so verengen, dass es nicht mehr möglich ist, schnell zu fahren. Es wäre auch darauf zu achten, dass der Abstand von fünf Metern zum Fußgängerüberweg bei einer Schule nicht nur durch eine farbliche Markierung materialisiert wird, sondern z.B. zusätzlich Pfosten aufgestellt werden, damit es für Autofahrer unmöglich wird, im Bereich des Fußgängerstreifens anzuhalten, um ein Kind aus dem Wagen aussteigen zu lassen. So werden die Sichtbarkeit der Kinder und ihre Sicherheit erhöht. Ich weiß um die Schwierigkeit, einen kommunalen Agenten vor jede Schule zu stellen. Nichtsdestotrotz meine ich, dass mit einer besseren Organisation mehr erreicht werden könnte. Es gilt darauf zu achten, dass der Agent an der richtigen Stelle steht. Es braucht nicht unbedingt einen Agenten an einer Ampel, wenn man den Kindern beibringt, dass sie die Straße nur bei grün überqueren dürfen.

Die Präsenz eines Agenten macht dort Sinn, wo es eine Gefahrensituation gibt. Auch sollte er beim Fußgängerüberweg und nicht vier Meter nebendran stehen. Sicherlich wäre es auch sinnvoll, wenn die Agenten eine gelbe Weste tragen würden. Die Bürgersteige im Bereich von Schulen sind oft so eng, dass der Platz für zwei Kinderwagen nebeneinander nicht reicht. Die Bürgersteige sollten verbreitert werden.

Wir leben nicht in einer perfekten Welt und es wird uns nicht gelingen, dass von heute auf morgen niemand mehr sein Kind mit dem Wagen zur Schule fährt. Daher macht die Einrichtung von „Kiss&Go“-Zonen an verschiedenen Standorten Sinn, wobei es jedoch zu beachten gilt, dass diese nicht vor der Schule, sondern in einer Nebenstraße ausgewiesen werden, um Konfliktsituationen, wie ich sie beschrieben habe, zu vermeiden.

Auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg gibt es nicht nur öffentliche, sondern auch private Grundschulen, weshalb es wichtig ist, dass der Dialog mit den privaten und europäischen Schulen und auch mit den staatlichen Instanzen weitergeführt wird. Wir appellieren an den Schöffenrat, die Liste mit den Schulen zusammen mit den zuständigen Dienststellen abzuarbeiten und innerhalb von sechs Monaten konkrete Vorschläge für alle Schulen zu unterbreiten. Viele Maßnahmen lassen sich kurzfristig oder mittelfristig umsetzen, um die Verkehrssicherheit im Umfeld unserer Schulen zu verbessern.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Ich möchte Herrn Schöffen Galles für die ausführliche Präsentation der Schulorganisation 2024/2025 danken. Vieles wurde bereits gesagt. Ich werde dem noch einige Fragen hinzufügen.

Gemäß dem Mehrjahresplan für die Schulinfrastrukturen der Stadt Luxemburg ist vorgesehen, die Schulhöfe durch mehr Grün zu demineralisieren. Wie weit ist die Planung gediehen, insbesondere was die Entfernung des Makadams betrifft, um einen besseren Wasserabfluss zu ermöglichen? Was ist anstelle des Makadams geplant? Welche Funktionen sollen die neu gestalteten Schulhöfe haben? Werden Spielplätze oder Amphitheater darin integriert? Wie wollen Sie die Infrastruktur in diesem Rahmen gestalten? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Schatten zu spenden und die Grünflächen zu vergrößern?

Ein zweiter Punkt betrifft die « Bëschcrèche » (Waldkindergärten), die es seit einigen Jahren auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg gibt. Können Sie uns über die Erfahrungen mit diesen Initiativen berichten? Sind weitere Projekte für die Zukunft geplant?

Rat Claude RADOUX (DP): Über die Schulorganisation wird Jahr für Jahr ausführlich und mit großen Emotionen diskutiert, wobei ich feststelle, dass seit 2008, seit ich Mitglied des Gemeinderates bin, die Aussagen mehr oder weniger die gleichen sind. Aus diesem Grund ist die Diskussion, die wir jährlich zur Schulorganisation führen, gewissermaßen auch eine der frustrierendsten. Ich habe mich denn auch gefragt, was ich heute sagen soll. Fakt ist, dass die Zuständigkeit für die Lernhalte beim Staat liegt und die Gemeinden hierauf keinen Einfluss nehmen können.

Die Debatte über die Schulorganisation, die vom Gesetz vorgeschrieben ist, sollte nicht genutzt werden, um über andere Themen zu reden, die einen mehr oder weniger entfernten Bezug zu den Kindern oder zur Grundschule haben. Diskussionen über die Gestaltung der Schulhöfe gehen ebenso am Thema vorbei wie die Ausführungen von Rat Weidig, die er bereits im Rahmen anderer Diskussionen gemacht hatte. Die Frage lautet, wie es uns gelingen kann, die Ausuferung in den Griff zu bekommen.

Im Regierungsabkommen zu lesen, „dass das Schulsystem Chancengleichheit gewährleisten muss“. Weiter heißt es, „dass der Schulerfolg nicht, unter anderem, von der Herkunft,

den sozioökonomischen Kategorien der Familie bzw. der Sprache der Eltern abhängen darf". Diese Standpunkte teilen wir alle. Im Regierungsabkommen ist außerdem festgehalten (auf Seite 121), dass die neue Regierung die im Gesetz festgeschriebenen Kompetenzen von Staat und Gemeinden überarbeiten und vorhandene Inkohärenzen ausmerzen will. Davon erwarte ich mir, dass wir in den kommenden Jahren endlich mehr Klarheit erhalten darüber, was wir auf kommunaler Ebene diskutieren bzw. nicht mehr diskutieren können und sollen. Daher meine erste Frage: Ist das Bildungsministerium bereits an Schulschöffe Galles herangetreten, um über das im Regierungsabkommen festgeschriebene Vorhaben zu diskutieren? Sollte das nicht der Fall sein, täte die Stadt Luxemburg meiner Ansicht nach gut daran, die Initiative zu ergreifen, um auf kommunaler Ebene die Initiative für einen Dialog zwischen Regierung und Gemeinden zu ergreifen.

Im Regierungsabkommen lesen wir auch, dass formale und non-formale Bildung sich einander weiter annähern müssen. In den im Gemeinderat geführten Diskussionen ist immer wieder die Rede davon, wie Schule und Schulfoyer zusammenarbeiten können. Ein klarer Rahmen ist nicht vorgegeben, die Zusammenarbeit beruht viel auf Freiwilligkeit. Wir sind uns alle einig, dass wir in diesem Bereich vorankommen müssen.

Ich gebe zu, dass es sich um ein schwieriges Unterfangen handelt. Dennoch möchte ich den Schöffenrat bitten, darüber nachzudenken, was wir festhalten könnten, um die Aktionen der Stadt Luxemburg unter Berücksichtigung des bestehenden gesetzlichen Rahmens messen zu können. Es geht darum, prüfen zu können, ob wir die heute getroffenen Entscheidungen umgesetzt haben, und wenn nicht, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Rätin Brömmel hat heute gewissermaßen wiederholt, was ihr Kollege Carlo Back und ich bereits vor etwa fünfzehn Jahren gefordert hatten, nämlich die Bereitstellung von Daten über die Anzahl der Kinder, die nach der Grundschule in die klassische bzw. technische Sekundarschule orientiert werden. Damals war argumentiert worden, dass das Ziel unbedingt sein müsse, dass Schüler nach der Grundschule ein klassisches Lyzeum besuchen, sondern es darüber hinaus viele andere Wege gebe, die zum Glück führen können. Nichtsdestoweniger waren diese Angaben noch immer ein Bemessungsmaßstab. Die angeforderten Ergebnisse, aufgeschlüsselt nach Schulgebäuden, wurden uns seither ein einziges Mal zur Verfügung gestellt. Wir alle wissen, dass diese Ergebnisse je nach Schule und Schulressort anders ausfallen. Dass dem so ist, ist wahrscheinlich auf sozio-ökonomische und sprachliche Konstellationen zurückzuführen. In anderen Gemeinden haben 80 Prozent der Grundschul Kinder die luxemburgische Nationalität, wogegen der Ausländeranteil der Schüler in unseren Schulen sehr hoch ist, was denn auch andere Fragen aufwirft und auch andere Ergebnisse hervorbringt. Aus meiner Sicht sollte der schulische Erfolg das erste Ziel der öffentlichen Grundschule sein. Wird dieses Ziel in verschiedenen Fällen nicht erreicht und stellt man beispielsweise fest, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass Kinder unter Schulangst leiden oder Druck verspüren, gilt es diese Ursachen zu bekämpfen und Maßnahmen zu ergreifen. Vor diesem Hintergrund kann ich grundsätzlich mit der vorgegebenen Zielrichtung einverstanden sein. Wir müssen uns fragen, ob wir hier nicht einen anderen Rahmen schaffen können, ohne später auf die eine oder andere Weise segregierende Schlussfolgerungen zu ziehen, d.h. ohne Schulen als „gut“ oder „schlecht“ zu bezeichnen.

Ich nutze die Gelegenheit, um allen Akteuren für die eingereichten Berichte, für ihr Engagement zu danken. Der Bericht des „Comité de cogestion“ umfasst eine Liste mit 20 Punkten. Der achte Punkt befasst sich mit farbigen Druckerpatronen für Kopierapparate. Sollte dies zu den wichtigsten Dingen zählen, die fehlen, sollte man meinen, dass wir dieses Problem lösen können. In der Liste tauchen einige weitere Anliegen auf, die problemlos zu lösen sein dürften.

Auf einige Forderungen kann die Stadt nicht eingehen, bei anderen wird bereits an der Umsetzung gearbeitet. Ich würde mich demnach über eine klare Antwort darüber freuen, wie wir die in der Liste angeführten Punkte angehen wollen, damit wir sie abarbeiten können und ein anderer Dialog möglich wird.

Die Berechnungen für die Kontingente für das Schuljahr 2024/2025 erfolgen auf der Grundlage der Zahl von 5.486 Kindern. Wie hoch ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder für das Gebiet der Stadt Luxemburg? Wie viele dieser Kinder besuchen keine öffentliche Schule, und welche Schulen besuchen diese Kinder? Es wäre sinnvoll über eine entsprechende Statistik zu verfügen. Ist ein Trend dahingehend erkennbar, dass mehr Eltern ihre Kinder in die öffentliche Grundschule einschreiben? Diese Zahlen zu kennen, ist wichtig für die weitere Planung.

Über die Schulinfrastrukturen werde ich heute nicht sprechen, da ich davon ausgehe, dass diese Diskussion in einem anderen Rahmen stattfinden wird. Der Schöffenrat hat meine volle Unterstützung für weitere Schulinfrastrukturprojekte.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke allen Rednerinnen und Rednern für ihren Beitrag zur Schulorganisation. Die Vorstellung und die sich daran anschließende Diskussion zur Schulorganisation ist ein wichtiger Moment im Jahr, geht es doch um die Kinder in unserer Gesellschaft. Am kommenden Freitag werden wir mit großer Freude zu den verschiedenen Interventionen Stellung nehmen. Ich selbst werde mir auch erlauben, einige schlussfolgernde Worte zu sagen.

II. KONVENTIONEN

- 1) Die Gesellschaft „YouBuildImmobilier“ tritt unentgeltlich einen Geländestreifen („place voirie“) (44 Zentiar) in der Montée Pilate an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Bau eines Bürgersteigs und Regularisierung der Grund- und Bodensituation.
- 2) Eine Privatperson tritt unentgeltlich einen Geländestreifen („place voirie“) (39 Zentiar) in der Rue des Maraichers an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodensituation.
- 3) Das Unternehmen „YouBuildImmobilier“ tritt unentgeltlich einen Geländestreifen („place voirie“) (40 Zentiar) in der Rue des Maraichers an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodensituation.

Vorangehende Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 4) Zusatzvertrag zur Konvention aus dem Jahr 2023 zwischen der Stadt Luxemburg und „Femmes en détresse“ über die Zurverfügungstellung des Gebäudes Nr. 112, Avenue Gaston Diderich. Die Konvention sieht vor, dass die Zimmer bedürftigen Frauen zur Verfügung gestellt werden und die Vereinigung sich verpflichtet, der Stadt eine monatliche Pauschalrente von 390 € (einschließlich Nebenkosten) pro belegtem Zimmer zu zahlen. Der Vereinigung wurde ein Pauschalbetrag in Höhe von 35.000 € für die Erstausrüstung der Zimmer gewährt. Die Erstausrüstung bleibt im Besitz der Stadt Luxemburg und muss folglich nach Ablauf der Konvention vor Ort bleiben.

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2023 hat die Vereinigung „Femmes en détresse“ die Stadt Luxemburg gebeten, ab dem 1. Januar 2024 die Stelle eines Sozialarbeiters mit 20 Wochenstunden zu finanzieren, um die soziale und

administrative Betreuung der Bewohnerinnen (Gewährleistung ihres Wohlergehens, Wiedereingliederung in die Gesellschaft, langfristige Arbeits- und Wohnungssuche usw.) zu gewährleisten. Für das Rechnungsjahr 2024 werden die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit dem Zusatzvertrag auf 67.717,36 € geschätzt. Ein Zusatzkredit in Höhe von 67.800 € ist vom Gemeinderat zu beschließen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Die Zimmer dieser Struktur werden alleinstehenden Frauen zur Verfügung gestellt, die nach einer Gewalterfahrung in eine zweite Betreuungsphase treten. In der beratenden Kommission haben uns Vertreterinnen von « Femmes en détresse » erklärt, dass die Frauen sich mit neuen Formen von Gewalt, z.B. Cybergewalt, konfrontiert sehen. Wir haben auch erfahren, wie schwierig es für die Frauen ist, nachdem sie eine erste Phase der Betreuung in einem Frauenhaus durchlaufen haben, eine Wohnung auf dem Wohnungsmarkt zu finden, um selbständig leben zu können. Der zweiten Phase der Betreuung in einer von der Vereinigung „Femmes en détresse“ zur Verfügung gestellten Wohnung kommt demnach eine große Bedeutung im Kampf gegen die Gewalt an Frauen zu.

déi gréng unterstützen den vorliegenden Zusatzvertrag, der es „Femmes en détresse“ erlaubt, eine Sozialarbeiterin für 20 Stunden pro Woche einzustellen. Die Sozialarbeiterin wird die betreffenden Frauen sozial betreuen und ihnen dabei helfen, innerhalb von drei Jahren eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden. Derzeit sind fünf der insgesamt sieben Zimmer im Haus belegt.

Ich ermutige die Stadt Luxemburg, weitere Anstrengungen zu unternehmen, damit auch andere Vereinigungen, die im gleichen Bereich tätig sind, auf den Weg eines Zwei-Phasen-Angebots gehen. Die Vertreterinnen von „Femmes en détresse“ haben darauf hingewiesen, dass es besonders schwierig sei, Wohnungen für alleinerziehende Mütter mit mehreren Kindern zu finden. Die Stadt Luxemburg sollte im Rahmen von Bauprojekten Wohnungen, die in ihrem Besitz sind, für solche Angebote zur Verfügung stellen.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Unsere Fraktion begrüßt den uns vorliegenden Zusatzvertrag zur Konvention, die im November 2023 zwischen der Stadt Luxemburg und „Femmes en détresse“ abgeschlossen wurde. Die Stadt Luxemburg hat der Vereinigung ein Gebäude mit 7 Zimmern in der Avenue Gaston Diderich zur Verfügung gestellt. Frauen ohne Kinder, die Gewalt erfahren haben, können dort untergebracht werden. Mit dem Zusatzvertrag kann die Vereinigung eine Sozialarbeiterin (20 Stunden/Woche) zur Begleitung der hier untergebrachten Frauen einstellen, um sie in ihren administrativen Schritten zu unterstützen. Es ist dies eine positive Entwicklung für die Chancengleichheit. In der Sozialkommission wurde der Zusatzvertrag einstimmig positiv begutachtet.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Selbstverständlich unterstützen auch wir den vorliegenden Zusatzvertrag. Verfügt die Stadt Luxemburg über Informationen darüber, wie viele Frauen (mit Kindern), die Gewalt erfahren haben, keine Wohnung über das Zwei-Phasen-Angebot finden? Wie kann die Stadt Luxemburg hier helfen?

Rat Tom WEIDIG (ADR): Auch wir unterstützen den Zusatzvertrag. Es ist wichtig, dass die Frauen, die sich in einer schwierigen Situation befinden, Hilfe erhalten. Wie lange werden die Frauen sozial begleitet? Sollte diese Betreuung mehr als ein oder zwei Jahre dauern, sehe ich die Gefahr, dass eine Abhängigkeit entsteht.

Schöffe Maurice BAUER: Ich danke für die breite Unterstützung im Gemeinderat und möchte mich auch bei der Präsidentin der Chancengleichheitskommission für die gute Zusammenarbeit bedanken. Im vergangenen Jahr konnten wir der Vereinigung „Femmes en détresse“ das Gebäude Nr. 112, Avenue Gaston Diderich zur Verfügung stellen, um

Frauen, die Gewalt erfahren haben, zu helfen. Es gibt weitere Vereinigungen, die in diesem Bereich tätig sind und eine sehr wertvolle Arbeit leisten.

Mit der Einstellung einer Sozialarbeiterin (20 Stunden/Woche) kann „Femmes en détresse“ eine noch bessere Betreuung gewährleisten. Das Angebot versteht sich als zweite Phase, in der den Frauen dabei geholfen wird, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und eine Wohnung zu finden.

Die Vereinigung „Femmes en détresse“ hilft Frauen in Notsituationen. Die akuten Probleme der erfahrenen Gewalt werden in einer ersten Phase angegangen, in einer zweiten Phase werden die Frauen auf ihrem Weg zur Realisierung eines individualisierten sozialen Projektes und bei der Suche nach einer Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt begleitet. Allen Frauen, die sich in einer solchen Notsituation befinden, wird geholfen: neben Vereinigungen, die in diesem Bereich tätig sind, erhalten sie auch Unterstützung und Hilfe seitens des Luxemburger Staates.

Auf der Warteliste stehen keine dringenden Notfälle. Die Frauen, die auf einer Warteliste stehen, befinden sich meist noch in der ersten Betreuungsphase und sind noch nicht für das Angebot der zweiten Phase bereit. Die finanzielle Situation der Frauen spielt bei der Hilfestellung keine Rolle.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

5) Einvernehmliche Auflösung der Vereinbarung zur Festlegung der Bedingungen und Modalitäten, um die Vereinigung Rotondes finanziell zu unterstützen: In seiner Sitzung vom 1. März 2021 hat der Gemeinderat einer Konvention zur Festlegung der Bedingungen und Modalitäten zur finanziellen Unterstützung der Vereinigung Rotondes zugestimmt. Diese Konvention ist am 1. Januar 2021 für ein Jahr in Kraft getreten und wurde bisher stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert.

Die Konvention sah die Gewährung einer finanziellen Unterstützung vor, die der Hälfte der finanziellen Beteiligung des Staates entspricht. Im Gegenzug hat sich die Vereinigung verpflichtet, dass der Eintritt zu Veranstaltungen der darstellenden Künste, die von der Stadt finanziert oder mitfinanziert werden, für Schulklassen sowie für Gruppen aus Kinderkrippen und Schulfoyers kostenlos ist und dass bei den Schulvorstellungen (Grundschulen) 50 % der Plätze für Schulklassen aus der Stadt reserviert werden. Bei Vorstellungen für die Allgemeinheit am Dienstag- und Donnerstagnachmittag ist der gleiche Anteil für die Schulfoyers und Kinderkrippen der Stadt reserviert.

Mit dem Gesetz vom 14. Juli 2023 wurde eine neue öffentliche Einrichtung mit dem Namen „Espace culturel des Rotondes“ gegründet. Diese Einrichtung tritt an die Stelle der Vereinigung Rotondes.

In seiner Sitzung vom 3. Februar 2024 hat der Schöffenrat beschlossen, dass die Stadt ihre finanzielle Beteiligung an der neuen öffentlichen Einrichtung fortführen möchte. Das oben genannte Gesetz sieht vor, dass die Einrichtung von einem elfköpfigen Verwaltungsrat verwaltet wird (vier Mitglieder vertreten den Staat, vier Vertreter aus dem Kultur- oder Vereinswesen, die aufgrund ihrer Kompetenzen anerkannt sind, drei Vertreter der Stadt Luxemburg).

Für das Geschäftsjahr 2024 wird es eine Übergangszeit geben, in welcher die Vereinigung und die öffentliche Einrichtung bis zur Auflösung der Vereinigung koexistieren werden.

Somit wird dem Gemeinderat vorgeschlagen, die bisherige Konvention im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien zu kündigen.

- 6) Konvention über die Bedingungen der finanziellen Beteiligung der Stadt Luxemburg an der öffentlichen Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“: Nach deren Gründung hat der Schöffenrat beschlossen, diese wie folgt finanziell zu unterstützen:
- Die Beteiligung der Stadt wird proportional zur Beteiligung des Staates an den Betriebskosten der mit der kulturellen Animation beauftragten Struktur auf der Grundlage einer Aufteilung ein Drittel/zwei Drittel festgelegt, d.h. die Hälfte der Beteiligung des Staates, wobei die Beteiligung der Stadt den Betrag, der im Gemeindehaushalt angenommen wurde, nicht überschreiten darf.
 - Eine jährliche finanzielle Beteiligung in Höhe von 50 % an den Personalkosten für eine der beiden Stellen des Kulturvermittlers, von denen das Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend ebenfalls 50 % übernimmt. Sollte das genannte Ministerium beschließen, die betreffende Stelle des Kulturvermittlers im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr zu finanzieren, würde die finanzielle Beteiligung der Stadt zum gleichen Zeitpunkt wie die des Ministeriums enden.

Als Gegenleistung für die finanzielle Beteiligung verpflichtet sich die Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“, dass der Eintritt zu Veranstaltungen der darstellenden Künste, die von der Stadt finanziert oder mitfinanziert werden, für Schulklassen sowie für Gruppen aus Kinderkrippen und Schulfoyers kostenlos ist und dass bei Schulvorstellungen (Grundschulen) 50 % der Plätze für Schulklassen der Stadt reserviert werden. Bei Aufführungen für die Allgemeinheit am Dienstag- und Donnerstagnachmittag ist der gleiche Anteil für Schulfoyers und Kinderkrippen der Stadt reserviert.

Die öffentliche Einrichtung verpflichtet sich, der Stadt jedes Jahr bis spätestens September einen Haushaltsvoranschlag vorzulegen, der vom Verwaltungsrat der Einrichtung genehmigt ist.

Am Ende der Spielzeit gibt die Einrichtung das Programm der nächsten Spielzeit im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt, zu der die Vertreter der Stadt eingeladen werden. Jede Mitteilung über das Programm der öffentlichen Einrichtung muss den Vermerk „mit der Unterstützung der Stadt Luxemburg“ enthalten, und jede Veröffentlichung auf klassischen oder elektronischen Trägern muss das Logo der Stadt enthalten.

Die Finanzbilanz und der Tätigkeitsbericht der öffentlichen Einrichtung für das abgelaufene Geschäftsjahr werden der Stadt in der ersten Hälfte des folgenden Jahres übermittelt.

Die Konvention tritt am Tag ihrer Unterzeichnung, d.h. am 1. Juni 2024 für die Dauer eines Jahres in Kraft und kann stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert werden.

Ein Kredit von 1.177.329 € ist im Budget 2024 vorgesehen. Ein zusätzlicher Kredit in Höhe von 31.600 € muss vom Gemeinderat verabschiedet werden. Der zusätzliche Kredit ist aus dem Überschuss früherer Haushaltsjahre zu finanzieren und wird durch eine Projektentwicklung gerechtfertigt, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar war.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Zum einen geht es um die einvernehmliche Auflösung der im Jahr 2021 zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung Rotondes abgeschlossenen Konvention zur finanziellen Unterstützung der Vereinigung Rotondes. Nach der Gründung der neuen öffentlichen Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“ soll nun eine neue Konvention abgeschlossen werden, um die öffentliche Einrichtung bei ihren Aufgaben finanziell zu unterstützen.

Ich nutze die Gelegenheit für einen kurzen Rückblick. Die Rotunden sind mittlerweile zu einem kulturell fest im Stadtteil Bonneweg verankerten Standort, zu einer nicht mehr

wegzudenkenden Institution für junge und weniger junge Besucher geworden, mit dem Ziel, sie an die Kunst heranzuführen. Die Zusammenarbeit zwischen den Rotunden und der Stadt Luxemburg hat im Jahr 2007 begonnen, als Luxemburg und die Großregion „Capitale européenne de la culture“ waren. Die erste Konvention wurde im Jahr 2008, als die Vereinigung „Carré Rotondes“ gegründet wurde, abgeschlossen. Damaliger Standort war das Paul-Wurth-Areal. Seit 2015 finden die Events in den Rotunden statt. Die Rotunden sind zu einem wichtigen Treffpunkt geworden und leisten einen wichtigen Beitrag in Bezug auf Zusammenleben, Geselligkeit, und Multikulturalität. Im Jahr 2019 – vor dem Ausbruch der Pandemie – haben 3.900 Schülerinnen und Schüler und 850 Kinder aus den Schulfoyers Vorführungen in den Rotunden besucht. Die Rotunden sind Opfer ihres Erfolges, was dazu führt, dass die Veranstaltungen manchmal ausgebucht sind und nicht jedes Kind die Möglichkeit erhält, ihnen beizuwohnen. Die Arbeiten in der Rotunde Nummer 2 laufen. Ich hoffe, dass diese Arbeiten so schnell wie möglich abgeschlossen werden können.

Der Posten einer „médiatrice culturelle“ wird geschaffen. Ihre Aufgabe wird es sein, vor und nach den Vorführungen zusammen mit den Kindern zu diskutieren, ihnen Erklärungen zu geben, damit sie die Theaterstücke besser verstehen und sie noch mehr an die Kultur, an die Kunst heranzuführen. Dies erhöht die Chance, dass sie in ihrem Leben mehr Lust haben werden, Kunst- und Kulturveranstaltungen zu besuchen, und die Hemmschwellen, die es doch immer wieder gibt, besser zu überwinden.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Die Auflösung der bisherigen Konvention stellt einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Abschluss einer neuen Vereinbarung zwischen der Stadt Luxemburg und der neuen öffentlichen Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“ dar. Die Auflösung der aktuellen Vereinbarung wurde erforderlich durch die Notwendigkeit, die bestehenden Vereinbarungen zu modernisieren und an die neuen Realitäten und Bedürfnisse unserer Kulturgemeinschaft anzupassen. Das Hauptziel besteht darin, die Verwaltung und den Betrieb der Rotunden zu stärken, indem eine größere Flexibilität und Verwaltungseffizienz ermöglicht wird. Die neue Vereinbarung, die mit dem „Espace culturel des Rotondes“ abgeschlossen werden soll, wird mehrere wesentliche Verbesserungen mit sich bringen. Sie zielt darauf ab, die Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen jeder Partei zu klären und gleichzeitig optimale Bedingungen für die Beendigung der kulturellen Aufgaben der Vereinigung Rotondes zu bieten. Die neue Vereinbarung wird auch die finanzielle und logistische Unterstützung verstärken, die den Fortbestand und die Entwicklung dieses einzigartigen Kulturraums sicherstellt.

Wir begrüßen insbesondere den Punkt, der die finanzielle Beteiligung der Stadt Luxemburg in Höhe von 50% an den Personalkosten für zwei Stellen für Kulturvermittler betrifft. Dieser Beitrag ist von entscheidender Bedeutung, um eine qualitativ hochwertige Kulturvermittlung zu gewährleisten, den Zugang zur Kultur für alle Bürger zu erleichtern und das kulturelle Angebot unserer Stadt zu bereichern. Die Kulturvermittler werden eine Schlüsselrolle bei der Animation und Förderung der Aktivitäten der Rotunden spielen, indem sie Verbindungen zu den verschiedenen Gemeinschaften herstellen und ein vielfältiges und integratives Programm sicherstellen. Ihre Arbeit wird nicht nur zur Aufwertung der Rotunden, sondern auch zur kulturellen Ausstrahlung der Stadt Luxemburg beitragen.

Zusammenfassend sind wir der Ansicht, dass die Kündigung der alten Vereinbarung und die Annahme einer neuen Vereinbarung mit der Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“ unabdingbare Schritte sind, um den sich wandelnden Bedürfnissen unserer Kulturszene gerecht zu werden. Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen dazu beitragen werden, die Position der Rotunden als führendes Kulturzentrum zu stärken, das allen Einwohnern unserer Stadt zugutekommt. Wir begrüßen daher die Entscheidung des Gemeinderats und

die kontinuierliche Unterstützung kultureller Initiativen durch die Stadt.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Auch unsere Fraktion unterstützt alle Initiativen in Richtung einer offeneren Kultur. Die LSAP-Fraktion hatte bereits, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Subsidienantrag für das Festival „Siren's Call“, vorgeschlagen, einen Teil der Eintrittstickets - die Tickets für Jugendliche - zum verbilligten Tarif zu verkaufen, stellen sie bei kulturellen Veranstaltungen doch meistens das Hauptpublikum dar. Ist außerhalb des „Kulturpass“ vorgesehen, dass Tickets für verschiedene Altersgruppen zu günstigeren Tarifen angeboten werden?

Könnten neben Schulfoyers, nicht auch Foyers (z.B. Flüchtlingsfoyers) oder Vereinigungen wie „Femmes en détresse“, Personen, die keinen Zugang zur Kultur haben, von einem kostenlosen Angebot von öffentlichen Einrichtungen (wie die Rotondes) profitieren?

Aus der Vereinigung Rotondes wird die öffentliche Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“. Die Tugend der Rotunden lag immer darin, offen zu sein, und wir hoffen, dass ihre Unabhängigkeit in Bezug auf die Programmgestaltung auch nach der Änderung ihres Statuts gewährleistet bleibt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Ihnen für Ihre breite Unterstützung. Nach der Gründung der neuen öffentlichen Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“ soll nun eine neue Konvention zwecks Anpassung an die neuen Realitäten abgeschlossen werden. Die Direktion der neuen Einrichtung wird für die Programmgestaltung zuständig sein. Ich gehe davon aus, dass auch der Staat dies so sieht.

Als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung verpflichtet sich die Einrichtung „Espace culturel des Rotondes“, dass der Eintritt zu Veranstaltungen für Schulklassen sowie für Gruppen aus Kinderkrippen und Schulfoyers der Stadt kostenlos ist. Der *Service Intégration et Besoins spécifiques* der Stadt Luxemburg kann auch kostenlose Besuche von Aufführungen für Gruppen von betroffenen Personen organisieren, auch im Rahmen des „Kulturpass“. Rätin Reyland hat darauf hingewiesen, dass die Rotunden Opfer ihres Erfolges werden. Dies ist letztlich auch ein gutes Zeichen und ich ziehe es vor, dass die Vorstellungen gut besetzt sind, als dass Plätze unbesetzt bleiben. Das Programm der Rotunden ist interessant und vielseitig. Sollte jemand Personen kennen, die aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu Veranstaltungen erhalten hätten, kann er uns dies gerne mitteilen. Die Stadt ist im Verwaltungsrat der Einrichtung vertreten, wo die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden.

Die Arbeiten zur Renovierung der Rotunde Nummer 2 laufen. Mit der Inbetriebnahme der zweiten Rotunde werden zusätzliche Plätze zur Verfügung stehen. Die Aussage von Rätin Reyland, dass die Rotunden fester Bestandteil des Stadtteils Bonneweg sind, kann ich nur bestätigen. Die angebotenen Aktivitäten sind interessant und finden großen Anklang. Die Stadt Luxemburg wird die Rotunden bestmöglich unterstützen. Und ich kann mich über eine breite Zustimmung des Gemeinderates nur freuen.

Beide Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

III. KOSTENVORANSCHLÄGE

Renovierung und Umbau des Gebäudes Nr. 41, Montée de Clausen (Michel-Rodange-Haus)

Der Gemeinderat ist aufgerufen, dem Projekt für die Renovierung und den Umbau des Gebäudes Nr. 41, Montée de

Clausen (genannt Michel-Rodange-Haus) im Hinblick auf dessen Nutzung durch eine Stadtteil-Musikschule zuzustimmen. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 4.547.842,05 €.

Das Gebäude, das sich neben dem neuen Schulkomplex der Zentralschule Clausen in der Pufferzone des UNESCO-Weltkulturerbes befindet, besteht aus zwei Stockwerken mit Dachgeschoss und einem Kellerraum.

Im Untergeschoss befinden sich die Technikräume und ein Gewölbekeller, der ohne Funktion bleiben wird. Eine große zentrale Treppe teilt alle oberirdischen Ebenen in einen linken und einen rechten Bereich.

Im linken Teil des Gebäudes soll auf zwei Ebenen ein großer Saal für Tanz, Musikunterricht, Vorsingen und/oder Prüfungen eingerichtet werden. Im Erdgeschoss wird zusätzlich ein Reinigungsraum eingerichtet. Der Saal im ersten Stock wird eine Öffnung zum Dachboden bieten, um den alten Dachstuhl aus dem Jahr 1680 bewundern zu können.

Im Erdgeschoss des rechten Gebäudeteils werden alle sanitären Einrichtungen einschließlich eines behindertengerechten WCs sowie ein Musikraum für Einzelunterricht zusammengefasst. Im ersten Stock werden ein zusätzlicher Raum für Musikunterricht, eine Kitchenette mit Speiseraum für die Lehrkräfte, die Büros der Schulleitung und ein Reinigungsraum untergebracht. Das Dachgeschoss im linken Teil des Gebäudes wird nicht ausgebaut.

Das bestehende Treppenhaus und das Geländer bleiben erhalten, ebenso wie die Holzbalken in der Bodenplatte zwischen dem ersten Stock und dem Dachgeschoss auf der linken Seite aus dem Jahr 1680, die restauriert werden. Die Holzdecken und Innenwände werden abgerissen und mit Beton und Gipskartonplatten neu aufgebaut.

Der Zugang für Personen mit eingeschränkter Mobilität kann nur im Erdgeschoss gewährleistet werden. Es ist zu beachten, dass die Baugenehmigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 7. Januar 2022 über die Zugänglichkeit von öffentlich zugänglichen Orten, öffentlichen Straßen und Mehrfamilienhäusern für alle beantragt wurde. Daher sind alle wesentlichen Räumlichkeiten auf dieser Ebene vorgesehen. Aus Sicherheitsgründen ist die Nutzung der oberen Etage auf 50 Personen beschränkt.

Das Projekt sieht außerdem den Einbau einer Fußbodenheizung vor.

An der Außenseite des Gebäudes wird die bestehende Tragstruktur erhalten und restauriert. Das Schieferdach wird neu gedeckt und mit einer Wärmedämmung versehen. Die Fassade wird restauriert und in der gleichen Farbe wie die bestehende gestrichen. Die Holzelemente werden durch neue Elemente in der gleichen Farbe wie die bestehenden ersetzt. Eine neue Eingangstür und eine Seitentür aus Massivholz mit transparentem Schutz werden eingebaut. Um einen ebenerdigen Zugang und eine Rampe für Personen mit eingeschränkter Mobilität zu gewährleisten, muss das Gelände abgetragen werden, damit der unterirdische Sockel wiederhergestellt werden kann.

Der Zeitplan sieht einen Baubeginn im Juli 2025 und eine Inbetriebnahme im September 2027 vor.

Das Projekt wurde von der zuständigen beratenden Kommission positiv begutachtet.

Die Kosten gehen zu Lasten der Budgets 2024 und folgende. Der betreffende Artikel verfügt über einen Kredit von 50.000 € im Haushalt 2024. Ein zusätzlicher Kredit in Höhe von 200.000 € ist vom Gemeinderat zu beschließen und aus dem Haushaltsüberschuss der vergangenen Jahre zu finanzieren, um die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbare Entwicklung des Projekts zu bewältigen und

insbesondere um die bereits erbrachten Studienleistungen honorieren zu können.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der luxemburgische Schriftsteller Michel Rodange hat von 1872 bis 1874 in diesem Haus gewohnt. Das Gebäude liegt in der Pufferzone des UNESCO-Weltkulturerbes „Luxembourg, vieux quartiers et fortifications“ und ist geschützt. Nach den Renovierungsarbeiten soll hier der Sitz der lokalen Stadtteil-Musikschulen eingerichtet werden. Im Gebäude befindet sich ebenfalls ein Saal, der für Konzerte genutzt werden kann.

Rat Claude RADOUX (DP): Es handelt sich um ein sehr altes Haus, das bereits viele verschiedene Besitzer hatte. Die beratende Kommission hat ein positives Gutachten für die Renovierungsarbeiten erteilt.

In der Kommission haben wir uns mit dem Projekt befasst. Es wurde z.B. auf den Dachstuhl aus dem 17. Jahrhundert hingewiesen. Die Holzbalken werden erhalten und bleiben sichtbar. Es wurde weiter darüber diskutiert, dass der Einbau eines Aufzugs Sinn machen könnte, um die Räume im oberen Stockwerk besser nutzen zu können, was jedoch dazu führen würde, dass ein Drittel des Raumes verloren ginge. Daraufhin waren wir uns einig zu sagen, dass die nun vorliegende Lösung, nämlich die vorhandene Bausubstanz zu erhalten und den Räumlichkeiten eine neue Nutzung zu geben, die beste ist.

Die Kosten werden auf 4.547.842,05 € geschätzt. Unsere Fraktion wird das Projekt voll und ganz unterstützen.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Es wurde bereits erwähnt, dass das Gebäude in der Pufferzone des UNESCO-Weltkulturerbes liegt und geschützt ist. In der Kommission haben wir erfahren, dass die zentrale Treppe des Gebäudes erhalten bleibt, sprich kein Aufzug gebaut wird, so dass das erste Stockwerk nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein wird. Man kann dies bedauern. Doch manchmal verhält es sich einfach so, dass Denkmalschutz und moderne Nutzung eines Gebäudes sich in die Quere kommen. Der Verzicht auf einen Aufzug ist in diesem Fall zu verstehen. Die Renovierung des Gebäudes wird vom INPA begleitet.

Es handelt sich um ein schönes und wichtiges Projekt. Ich möchte erneut auf die Wichtigkeit der lokalen Musikschulen hinweisen. Vergangene Woche hat in Bonneweg ein Fest der Musikschule stattgefunden und die Schule einen neuen Namen erhalten: „Ecole Raymond Bausch“. Auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg besuchen ungefähr 1.200 Kinder und Jugendliche die Musikschulen in den verschiedenen Stadtteilen. Das Michel-Rodange-Haus soll Verwaltungssitz der lokalen Musikschulen werden. Außerdem werden Räume für Musikunterricht, Tanzkurse, usw., zur Verfügung stehen. Die Kurse sind beliebt und leider verhält es sich so, dass nicht jedes Kind in seinem Stadtteil einen Platz in der Musikschule erhält. Demnach ist es wichtig, dass die Arbeiten zur Renovierung des Michel-Rodange-Hauses schnell voranschreiten.

déi gréng werden das schöne Projekt mit großer Freude unterstützen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Auch wir unterstützen das vorliegende Projekt. Es freut uns, dass Sorge getragen wurde die Bausubstanz soweit wie möglich zu erhalten.

Die veranschlagten Kosten sind hoch. Mir ist bekannt, dass eine Reserve von fünf Prozent bereits in die Berechnung des Kostenvoranschlags einfließt, und doch stellt sich die Frage, ob die Kosten nicht überschritten werden.

Die Bedeutung des Projektes für die lokalen Musikschulen, für den Musikunterricht ist groß. Sieht der Schöffenrat eine Möglichkeit, dass die Arbeiten schneller als geplant abgeschlossen werden können?

Rätin Nathalie OBERWEIS (déi Lénk): Wir finden das Projekt sehr interessant, bedauern jedoch, dass das erste Stockwerk des Gebäudes nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein wird, weshalb wir uns beim Votum enthalten werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Rätin Reyland hat das Dilemma gut beschrieben. Wir haben uns für den Erhalt der Bausubstanz, aber auch für eine moderne Nutzung des Gebäudes entschieden. Sollte sich die Situation ergeben, dass eine Person mit eingeschränkter Mobilität Zugang zum ersten Stockwerk haben möchte, werden wir sicherlich eine Lösung finden.

Schöffe Laurent MOSAR: Auf das Projekt an sich werde ich nicht mehr eingehen.

Das Gesetz, das vorschreibt, dass ein Gebäude auf allen Ebenen für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein muss, ist erst im Jahr 2022 in Kraft getreten. Die Genehmigung für die Umbau- und Renovierungsarbeiten war bereits davor angefragt worden, so dass wir, vom juristischen Standpunkt aus betrachtet, der Verpflichtung, die Vorschriften des neuen Gesetzes einhalten zu müssen, nicht unbedingt unterliegen. Fakt ist, dass viele öffentliche Gebäude, nicht nur auf dem Gebiet der Hauptstadt, sondern im ganzen Land, die neuen gesetzlichen Vorschriften nicht erfüllen. Das Gesetz sieht vor, dass die Gebäude innerhalb von zehn Jahren an die neuen Vorschriften angepasst werden müssen.

In der beratenden Kommission wurde darauf hingewiesen, dass, hätte man diese Anpassungen noch in die Planung aufgenommen, das Projekt hätte überarbeitet werden müssen. Dies hätte zu Verzögerungen geführt und wir hätten das Gebäude noch sobald nicht seiner neuen Zweckbestimmung zuführen können.

Der Kostenvoranschlag wurde nach bestem Wissen und Gewissen berechnet. Dennoch können – und das weiß Rat Boisante auch – immer unvorhersehbare Kosten auftreten. In einem solchen Fall gibt es immer die Möglichkeit, den Gemeinderat mit einem Zusatzkredit zu befassen.

Ich danke für die große Zustimmung.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Kostenvoranschlag liegt vor. Wenn der Gemeinderat dem Projekt zustimmt – wovon ich ausgehe –, kann die Ausschreibung lanciert werden. Welche Angebote bei der Gemeindeverwaltung eingehen werden, wissen wir heute noch nicht. Sollten alle Angebote die berechneten Kosten überschreiten, wird der Gemeinderat mit einem angepassten Kostenvoranschlag befasst werden.

Das Projekt wird bei Enthaltung von Rätin Oberweis (déi Lénk) gutgeheißen.

IV. URBANISMUS

1) Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans der Stadt Luxemburg – Teilbebauungsplan „Rue des Eglantiers“

Der Gemeinderat ist aufgerufen, einer punktuellen Abänderung des Flächennutzungsplans (schriftlicher und grafischer Teil) betreffend die Grundstücke, die mit dem Teilbebauungsplan „Rue des Eglantiers“ belegt sind, zuzustimmen. Die Abänderung zielt darauf ab,

- Artikel 24 des schriftlichen Teils abzuändern;
- einen Teil der „zone d'habitation 1 [HAB-1]“ als „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ einzustufen;

- einen Teil der „zone de sports et de loisirs [REC]“ als „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ einzustufen;
- im grafischen Teil die Grenzen des genehmigten Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ anzugeben, mit der Referenz WH-02a (als Folge der 2019 durchgeführten punktuellen Abänderung) und der Referenz WH-02b (parallel vorgenommene punktuelle Abänderung).

Am 14. November 2022 hatte das Umweltministerium bestätigt, dass eine weitere Analyse im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsberichts nicht erforderlich ist. Am 3. Juli 2023 hatte der Gemeinderat der Abänderung zugestimmt. Im Rahmen des im abgeänderten Gesetz vom 19. Juli 2004 vorgesehenen Annahmeverfahrens wurde das Dossier der „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums vorgelegt und die vorgeschlagene Änderung ab dem 11. August 2023 für 30 Tage im Rathaus hinterlegt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen konnte. Das Dossier wurde außerdem in elektronischer Form auf der Internetseite der Stadt Luxemburg veröffentlicht. Am 23. August 2023 fand eine Informationsversammlung für die Bürger stattgefunden. Innerhalb der gesetzlichen Frist von 30 Tagen sind zwei Schreiben mit Einwänden gegen den Beschluss des Gemeinderats eingegangen. Außerhalb der 30-Tage-Frist ist ein Schreiben mit einer Petition des Interessenvereins Weimershof eingegangen. Die „Commission d'aménagement“ hat die punktuelle Abänderung befürwortet, hat jedoch auf einige anzupassende Punkte hingewiesen. Die Sitzungen zur Anhörung der Beschwerdeführer haben am 22. März 2024 stattgefunden. Der Urbanismusdienst hat zum Gutachten der „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums und zu den Anmerkungen der Beschwerdeführer Stellung bezogen.

Die punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans wird einstimmig gutgeheißen.

2) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ (WH-02) in Weimershof

Der Stadt Luxemburg liegt ein Entwurf zur punktuellen Änderung des Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ vor, der vom Büro Best Ingénieurs-Conseils im Namen der Stadt Luxemburg ausgearbeitet wurde und eine Reihe von Grundstücken in Luxemburg-Weimershof betrifft, die sich in der Nähe der Rue des Eglantiers befinden.

Der initiale Teilbebauungsplan „Rue des Eglantiers“ wurde am 28. Mai 1984 vom Gemeinderat und am 23. Juli 1984 vom Innenminister genehmigt. Eine erste punktuelle Änderung wurde am 7. Oktober 2019 vom Gemeinderat gutgeheißen. Die vorliegende punktuelle Änderung betrifft ausschließlich das Los 28 des geltenden Teilbebauungsplans und hat zum Ziel, die Konfiguration und die Typologie der Gebäude anzupassen, um die Bewohnbarkeit der Wohnungen und die städtebauliche Qualität des Projekts zu verbessern. Die Parzellen, die im Kataster der Sektion ED von Neudorf unter den Nummern 471/4836, 471/4835, 471/4834, 471/4833, 471/4832, 471/4831, 471/4830, 471/4829, 471/4828, 471/4827, 471/4826, 471/4825 und 471/4824 eingetragen sind, wurden nie bebaut. Eine punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans, die sich derzeit im Verfahren befindet, zielt unter anderem auf die Neueinstufung von Los 28 in eine „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ ab, was den Bau von 4 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 39 Wohnungen ermöglichen würde. Die bebauten Bruttogrundfläche von 4.686 m² bleibt unverändert.

Gemäß dem Vorschlag einer punktuellen Abänderung des Flächennutzungsplans werden die Grundstücke als „zone d'habitation 2 [HAB-2]“ eingestuft, die von einer Zone „plan d'aménagement particulier approuvé“ mit der Nummer

[WH-02b] überlagert sind. Der Änderungsvorschlag stellt das Entwicklungskonzept des initialen Teilbebauungsplans nicht in Frage.

Innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist von 30 Tagen erhielt die Stadt Luxemburg ein Schreiben mit Einwänden gegen den Beschluss des Gemeinderats. Außerhalb dieser Frist ging ein Schreiben mit einer Petition des lokalen Interessenvereins Weimershof ein. Am 23. August 2023 teilte das Innenministerium der Stadt mit, dass der Entwurf zur punktuellen Änderung des Teilbebauungsplans nicht nach dem vereinfachten Verfahren angenommen werden kann und es die Akte der *Cellule d'évaluation* zur Stellungnahme vorgelegt hat. Dieses Gremium äußerte in seiner Stellungnahme verschiedene Bemerkungen und Kommentare. Der Urbanismusdienst hat zu den Anmerkungen der *Cellule d'évaluation* sowie der Beschwerdeführer Stellung genommen und schlägt vor, einige Anpassungen und Präzisierungen am schriftlichen und grafischen Teil des Projekts vorzunehmen, um somit zumindest teilweise der Stellungnahme der *Cellule d'évaluation* zu entsprechen. Dem Gemeinderat wird daher vorgeschlagen, die punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ in seiner überarbeiteten und ergänzten Form gutzuheißen, einschließlich der punktuellen Abänderung des grafischen Teils (Lageplan) des Teilbebauungsplans QE.

Die punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Rue des Eglantiers“ (WH-02) wird einstimmig gutgeheißen.

3) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Sauerwies“ in Gasperich

Der Stadt liegt ein Entwurf zur punktuellen Änderung des schriftlichen Teils des Teilbebauungsplans „Sauerwies“ vor, der sich auf Grundstücke in Gasperich bezieht. Der Teilbebauungsplan stammt aus dem Jahr 1990 und wurde 2006 sowie 2011 abgeändert. Die betroffenen Grundstücke sind als „zone [HAB-1]“, „zone [HAB-2]“ und „zone de parc public [PARC]“ eingestuft und werden von einer Zone „plan d'aménagement particulier approuvé“ mit den Nummern GS-03 und GS-03a überlagert.

Nach Überprüfung der architektonischen Kohärenz des Viertels in Bezug auf eine Vergrößerung der Breite der Dachgauben fügt der vorliegende Änderungsvorschlag in Artikel 9 des schriftlichen Teils des Teilbebauungsplans „Sauerwies“ die in Artikel 24.e) des schriftlichen Teils des Flächennutzungsplans übernommenen Bestimmungen über die Anordnung der Dachgauben hinzu. Die Änderung ermöglicht es, Dachgauben bis zu einer kumulierten Breite zu bauen, die die Hälfte der Fassade nicht überschreiten darf, sofern ein Rückzug von 0,50 Metern auf der Fassadenflucht und ein Rückzug von einem Meter auf den Seitengrenzen, den Kanten und den Kehlblechen eines erhöhten Daches eingehalten wird. Gleichzeitig werden die vorherigen Abänderungen in koordinierter Weise in einen einzigen schriftlichen Teil integriert, um die Lesbarkeit zu verbessern. Im Rahmen des erleichterten Annahmeverfahrens wurden keine Einwände eingereicht und das Innenministerium hat der Stadt mitgeteilt, dass der Entwurf gesetzeskonform ist.

Die punktuelle Änderung des Teilbebauungsplans „Sauerwies“ wird einstimmig gutgeheißen.

4) Anpassung des grafischen Teils des QE PAP [SPR-cl] an den grafischen Teil des PAG

Der Gemeinderat ist aufgerufen, eine zusätzliche Abstimmung bezüglich der Anpassung des grafischen Teils des PAP QE „Secteur protégé de Clausen“ [SPR-cl] an den grafischen Teil des PAG vorzunehmen. Die Anpassung bezieht sich

ausschließlich auf die Katasterparzelle Nr. 85/1135, genannt „Source“ (101-103, Rue de Clausen).

Am 13. Juni 2016 hatte sich der Gemeinderat damit einverstanden erklärt, das Verfahren zur Annahme des neuen Flächennutzungsplans einzuleiten. In seiner Sitzung vom 14. Juni 2016 beschloss der Schöffenrat, das Verfahren zur Verabschiedung der ersten Teilbebauungspläne 'quartier existant' (PAP QE) einzuleiten. Am 28. April 2017 stimmte der Gemeinderat mit verschiedenen Beschlüssen dem Entwurf des Flächennutzungsplans und dem Entwurf der Teilbebauungspläne QE zu. Am 5. Oktober 2017 genehmigte der Innenminister die Beschlüsse des Gemeinderats.

Nach einer Klage gegen diese Entscheidungen bestätigte der Verwaltungsgerichtshof mit seinem Urteil vom 6. Mai 2021 das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 22. Juni 2020. Dieses Urteil hob die Entscheidung des Innenministers vom 5. Oktober 2017 bezüglich der Teilbebauungspläne QE insofern auf, als der Minister einzig und allein den grafischen Teil des Teilbebauungsplans QE des geschützten Sektors Clausen genehmigt hat, und dies nur insoweit, als der dort festgelegte territoriale Umfang des betreffenden Teilbebauungsplans nicht den gesamten Teil der Parzelle mit der Katasternummer 85/1135 in der Rue de Clausen umfasst, der durch den Flächennutzungsplan als „secteur protégé d'intérêt communal 'environnement construit – C'“ eingestuft wurde.

Um dem Innenminister die Möglichkeit zu geben, als Folge der genannten Gerichtsentscheidungen eine neue Entscheidung zu treffen, wird dem Gemeinderat vorgeschlagen, gemäß dem Verfahren von Artikel 30 des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Raumordnung und die Stadtentwicklung eine zusätzliche Abstimmung durchzuführen. Diese betrifft nur die Parzelle Nummer 85/1135 der Sektion LA Clausen und sieht nur die Anpassung des grafischen Teils

des Teilbebauungsplans QE [SPR-cl] an den grafischen Teil des Flächennutzungsplans vor, wie er vom Innenminister bei seiner Genehmigung am 5. Oktober 2017 unter den Referenzen 26C/048/2016 und (rec 157) geändert wurde, um der eingegangenen Beschwerde des Eigentümers gegen den Entwurf des Flächennutzungsplans und des Teilbebauungsplans QE Rechnung zu tragen.

Der Gemeinderat stimmt dieser Anpassung einstimmig zu.

5) Neuordnung von Bauland

Folgende Anträge zur Neuordnung von Grundstücken werden einstimmig gutgeheißen:

- 146, Rue Jean-François Boch: Aufteilung der Parzellen 506/4059 und 507 zwecks Schaffung von zwei neuen Bauplätzen;
- Rue de la Forge/Montée St Crépin: Zusammenführung der Parzellen 200/2153 und 201/3906 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes, auf dem ein Neubau entstehen kann.

Neuordnung von Bauland

Unter dem Punkt „Urbanismus“ hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 10. Juni 2024 der Neuordnung mehrerer Baulandparzellen zugestimmt. Die Beschlüsse wurden per Mitteilung vom 19. Juni 2024 bekanntgegeben und können auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) eingesehen werden.